



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Kann der Frieden wieder Hauptanliegen der Politik werden?

Nicht nur zum Genfer Treffen der Präsidenten Wladimir Putin und Joe Biden

von Karl-Jürgen Müller

Am 18. Juni 2021 hielt der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine bemerkenswerte, eine bewegende Rede. Anlass dafür war die Eröffnung der Ausstellung «Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg», die nun im Deutsch-Russischen Museum in Berlin Karlshorst zu sehen ist. Das Museum ist das Gebäude, in dem die deutsche Wehrmachtsführung in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 die Kapitulationsurkunde unterzeichnet hatte. Die Rede des Bundespräsidenten war zugleich die zentrale Gedenkrede zum 80. Jahrestag des Beginns des deutschen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941.

Der Bundespräsident erinnerte nicht nur an das Leiden der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Verbrechen gegen die Völker der damaligen Sowjetunion (siehe Kasten auf S. 2). Er sprach auch über die Bedeutung der geschichtlichen Erinnerung für unsere Gegenwart und Zukunft.

Bis heute wirkte der Krieg und seine Folgen – die Teilung der Welt in verfeindete Blöcke – auf unser Denken und Fühlen: «Der Krieg und sein Erbe haben auch unsere Erinnerung geteilt. Und diese Teilung ist auch drei Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht überwunden. Sie bleibt eine Last für die Zukunft. Das zu ändern ist unsere Aufgabe, eine Aufgabe, für die wir über die Grenzen hinweg dringend mehr Anstrengung leisten müssen – der Vergangenheit wegen, vor allem aber für eine friedliche Zukunft kommender Generationen auf diesem Kontinent!»

«Wir sollten uns erinnern ...»

Und weiter: «Wir sollten uns erinnern, nicht, um heutige und künftige Generationen mit einer Schuld zu belasten, die nicht die ihre ist, sondern um unserer selbst willen. Wir sollten erinnern, um zu verstehen, wie diese Vergangenheit in der Gegenwart fortwirkt. Nur wer die Spuren der Vergangenheit in der Gegenwart lesen lernt, wird zu einer Zukunft beitragen können, die Kriege vermeidet, Gewaltherrschaft ablehnt und ein friedliches Zusammenleben in Freiheit ermöglicht.»



Der russische Präsident Wladimir Putin, Bundespräsident Guy Parmelin und US-Präsident Joe Biden vor dem Konferenzgebäude in Genf. (Bild Keystone, Quelle: Tass, Sergei Bobylev)

Dass nach allem, was geschehen ist, «Deutsche heute von den Menschen in Belarus, in der Ukraine oder Russland – gerade an diesen Orten – gastfreundlich empfangen werden, dass sie willkommen sind, dass man

ihnen warmherzig begegnet – das ist nicht weniger als ein Wunder.»

Für Deutschland und die Deutschen bedeute dies: «Machen wir uns an diesem Tag, an dem wir an Abermillionen Tote erinnern,

auch gegenwärtig, wie kostbar die Versöhnung ist, die über den Gräbern gewachsen war.»

Alles tun, um für den Frieden zu wirken

Aus dem Geschenk der Versöhnung erwachse für Deutschland eine grosse Verantwortung: «Wir wollen und wir müssen alles tun, um [...] für den Frieden mit und zwischen den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu arbeiten. [...] Wir erinnern nicht mit dem Rücken zur Zukunft, sondern mit dem Blick nach vorn, mit dem klaren und lauten Ruf: Nie wieder ein solcher Krieg! [...] Lassen Sie, lassen wir nicht zu, dass wir einander von neuem als Feinde begegnen; dass wir den Menschen im anderen nicht mehr erkennen. Lassen wir nicht zu, dass die das letzte Wort haben, die der nationalen Überheblichkeit, der Verachtung, der Feindschaft, der Entfremdung das Wort reden. Die Erinnerung soll uns einander näherbringen. Sie darf uns nicht von neuem entzweien. Die Zukunft – eine bessere Zukunft – liegt in unseren Händen.»

An einer Stelle zitiert der Bundespräsident eine Frage des ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen Boris Popov, der das grosse Glück hatte, die deutsche Gefangenschaft zu überleben – eine Frage, die Boris Popov viele Jahre nach dem Krieg öffentlich stellte: «Es ergibt sich zwingend die Frage: Wäre es nicht für die Menschheit Zeit, Kriege grundsätzlich abzulehnen und im Verhältnis gegenseitiger Achtung auch noch so komplizierte Fragen friedlich zu lösen?»

Ein Weg, der von der Logik der Eskalation wegführt

Steinmeier selbst antwortet: «Europa war einer Antwort schon einmal näher als heute. Es gab vor Jahrzehnten, trotz Spannungen und Blockkonfrontation, auch einen anderen Geist, auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Ich meine den Geist von Helsinki. Inmitten der gegenseitigen Drohung mit nuklearer Vernichtung entstand ein Prozess, der durch Anerkennung gemeinsamer Prinzi-

Fortsetzung auf Seite 2

Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der USA und Russlands zur strategischen Stabilität vom 16. Juni 2021

Wir, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Joseph R. Biden, und der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, stellen fest, dass die Vereinigten Staaten und Russland bewiesen haben, dass sie auch in Zeiten der Spannung in der Lage sind, Fortschritte bei unseren gemeinsamen Zielen zu erzielen, nämlich Planungssicherheit im strategischen Bereich zu gewährleisten sowie die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes und die Bedrohung durch einen Atomkrieg zu reduzieren.

Die jüngste Verlängerung des New-START-Vertrags ist ein Beispiel für unser Engagement für nukleare Rüstungskontrolle. Heute

bekräftigen wir den Grundsatz, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf.

Im Einklang mit diesen Zielen werden die Vereinigten Staaten und Russland in naher Zukunft gemeinsam einen integrierten bilateralen Dialog über strategische Stabilität aufnehmen, der wohlüberlegt und solide sein wird. Durch diesen Dialog wollen wir die Grundlage für künftige Rüstungskontroll- und Risikominderungsmaßnahmen schaffen.

Quelle: <http://en.kremlin.ru/supplement/5658>
(Übersetzung Zeit-Fragen)

Die Mikrosteuer-Initiative – Gegenmacht gegen Steuerparadiese, Börsenspekulationen und Krypto-Währungen

von Nicole Duprat, Frankreich*

«Wissen ohne Gewissen ist eine seelische Ruinenlandschaft», so drückte sich Rabelais in seinem «Pantagruel» aus.

Wir schulden Marc Chesney Dank dafür, dass er der Wirtschaftswissenschaft ihren Adelsbrief zurückgegeben hat, indem er seine äusserst klar verfassten Bücher (*La crise permanente* und *Dépossession*) veröffentlicht hat sowie seinen jüngsten grundsätzlichen Artikel in *Zeit-Fragen* Nr. 11 vom 18. Mai 2021. Auf einfache, integre und loyale Art entwickelt er dabei seine kritische Analyse des Finanzsektors und verweist die Wirtschaftswissenschaft auf ihre menschlichen, gerechten und allgemeinverständlichen Grundlagen zurück. Die Wirtschaftswissenschaft wird dabei wieder zu einer Fachdisziplin, die bestrebt ist, ihre wissenschaftlichen Kapazitäten mit dem zu versöhnen, was moralisch akzeptabel ist.

Es ist eine grosse Chance, dass ein Universitätsprofessor mit Spezialgebiet Finanzwelt einfache Begriffe gebraucht, um äusserst komplexe Situationen zu beschreiben, die deshalb so komplex erscheinen, weil sie vom Nebel der beteiligten Institutionen und Ak-

teure durchdrungen sind, vom Nebel der Banken, vom Nebel der Rolle der Steuerparadiese im globalisierten Börsengeschäft, vom Nebel zweifelhafter Spekulationen, des sogenannten «shadow bankings» (Finanzgeschäfte im Schatten), des herrschenden ungeniessbaren Fachjargons im Bereich Wirtschaft, des Siegeszugs der Krypto-Währungen, der faulen Tricks bei internationalen Finanztransaktionen, der lügenhaften Fachliteratur, wie sie von der Schule von Chicago verbreitet wird, sowie der allgemeinen Akzeptanz des Profits und der illoyalen Konkurrenz.

«Ein guter Kopf ist besser als ein vollgestopfter», gab Montaigne zu bedenken, und er hatte recht. Die Studenten der Wirtschaftswissenschaften, die sich aus ihrem Studiengang heraus dann den verschiedenen Berufen im Bereich der Wirtschaft widmen, werden es zweifellos schätzen, wenn sie auf Hochschullehrer stossen, die ihr Denken nicht ganz auf die Logik des gegenwärtigen Finanz-Kasinos und seiner abwegigen Auswirkungen ausrichten, sondern sie zur Reflexion hinführen und zum interdisziplinären Austausch, zum genaueren

Verständnis dessen, wie alles zusammenhängt. Die Bildungsgänge der jungen Wirtschaftswissenschaftler sind oft geprägt von sehr engem Spezialistentum, welches mehr und mehr die umfassende Perspektive aus den Augen verliert und vor lauter Detailkenntnis das Ganze vergisst. Das führt zwingend dazu, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Erst die Überwindung der Fachgrenzen macht den Blick frei auf das Ganze im Wirtschaftswesen.

Es kann nicht erstaunen, dass die «Gilets jaunes» in Frankreich von der Idee und der Initiative überzeugt waren, dass man die elektronischen Finanztransaktionen einer Mikrosteuer unterwerfen solle, um das überalterte und bürokratische Steuersystem des Landes zu erneuern, das immer mehr Ungerechtigkeiten, um sich greifende Notlagen und Verelendung erzeugt.

Es gibt heute viele Mitbürger, Gemeinschaften und Gruppierungen, die sich darin einig sind, dass bei der Schaffung eines gerechteren und menschlicheren Gesellschaftsmodells die Kreativität und die Erneuerungsgabe die treibenden Kräfte sind, wenn es darum geht, aktiv zu werden.

Es ist sicher verdienstvoll, die Mächtschaften der Finanzoligarchie anzuprangern, aber an der Schaffung einer anderen Art der Wirtschaftsregulierung mitzuwirken hat eine viel weitere Dynamik. Die Zukunft lässt sich nicht voraussagen, sie verlangt nach der Suche von Lösungen. Das beste Mittel, in die Zukunft zu schauen, ist, sie mitzugestalten. Die Zukunft, das sind wir, das, was in uns steckt.

Die Initiative des Komitees ist zu begrüßen. Sie bringt das Wirtschaften auf den Weg der Vernunft zurück, auf seine wirklichen Zusammenhänge. Und sicher ist so etwas leichter in der Schweiz zu realisieren, dank ihrer direkten Demokratie, ihren Mitteln der Initiative und des Referendums, leichter als in Frankreich, wo die Demokratie oft eine Demokratie des Schwatzens bleibt.

* Nicole Duprat ist dipl. Politikwissenschaftlerin in den Bereichen Recht und internationale Beziehungen des Institut d'Etudes Politiques Aix-en-Provence, Lehrerin und Mitarbeiterin von *Horizons et débats*.
(Übersetzung Zeit-Fragen)

22. Juni 2021 – Lasst uns Frieden stiften

Ein Aufruf, 80 Jahre nach dem 22. Juni 1941

zf. Das Deutsch-Russische Forum und das International Peace Bureau (IPB) veröffentlichten zum 80. Jahrestag des deutschen Angriffskrieges auf die Sowjetunion den Aufruf «Lasst uns Frieden stiften». Initiiert wurde der Appell von Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Adelheid Bahr, Erziehungswissenschaftlerin, Daniela Dahn, Schriftstellerin, Peter Brandt, Historiker, Reiner Braun, Geschäftsführer des International Peace Bureau, Martin Hoffmann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutsch-Russischen Forums, Michael Müller, Staatssekretär a. D. und Vorsitzender der Naturfreunde, sowie Matthias Platzeck, Ministerpräsident a. D. und Vorsitzender des Vorstandes des Deutsch-Russischen Forums.

Die mehr als 1300 Unterzeichner erinnern an die Opfer der deutschen Greuel-taten im Osten und fordern die Politiker Europas auf, die Denkmuster des Kalten Krieges zu überwinden und aufeinander zuzugehen.

Der Aufruf, der am 22. Juni 2021 in der «Berliner Zeitung» und in der russischen Zeitung «Kommersant» abgedruckt wurde, setzt vor dem Hintergrund der schweren Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis ein Zeichen des Gedenkens und der Versöhnung.

In Deutschland wird dieser Aufruf bislang nahezu totgeschwiegen.

Am 22. Juni 2021 jährt sich zum 80. Mal der Überfall Nazideutschlands auf Russland und die Völker der Sowjetunion. Für uns, die Unterzeichner, ist dieser Tag ein Tag der Trauer, der Scham und des Nachdenkens über eigene historische Schuld. Von deutschem Boden ging ein beispielloser Vernichtungskrieg aus, geboren aus politischer Hybris und Rassismus gegen die Völker der Sowjetunion, besonders gegen die Juden und andere Minderheiten. Er brachte unendliches Leid über die Menschen und forderte allein in der Sowjetunion mehr als 27 Millionen Opfer, vor allem in Russland, der Ukraine und Belarus.

Es ist Teil der Verantwortung unserer Generation, dass niemand diese Greuel-taten je vergessen oder relativieren darf. Denn zur Geschichte Europas gehört auch, dass die Sowjetunion unter grossen Opfern den Faschismus besiegt und Deutschland von dieser Ideologie befreit hat. Zur Geschichte des deutsch-russischen Verhältnisses gehört ebenso, dass die Sowjetunion und ihr Rechtsnachfolger Russland massgeblich die Wiedervereinigung Deutschlands und ein Ende des Kalten Krieges ermöglicht haben.

Wir wissen: Frieden in Europa gelingt nur gemeinsam mit Russland und nicht gegen Russland.

Deshalb rufen wir die Politiker Europas in Ost und West auf: Bewegt Euch! Verlasst endlich die Sphäre und die Logik des Kalten Krieges! Nicht die Panzertruppen oder Rüstungszahlen müssen wachsen, sondern die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Macht es, wie es die Menschen in Russland, Deutschland und Europa in der konkreten Arbeit in Städtepartnerschaften, im Jugendaustausch, in Wirtschafts- und Wissenschaftskooperationen tun. Verlasst die mentalen Gefängnisse der Feindbilder, Ressentiments und Ängste! Lasst uns endlich Frieden stiften! Die Menschen in Europa warten schon lange darauf.

Dies ist die Lehre des 22. Juni. Und dafür stehen wir.

Erstunterzeichner:

Abendroth, Elisabeth; Bahr, Adelheid (Erziehungswissenschaftlerin); Hanne, Magret (Friedensforscherin); Brandt, Peter (Historiker); Braun, Reiner (International Peace Bureau); Bruch, Thomas (Gesellschafter GLOBUS GmbH); Claußen, Angelika (Vorsitzende IPPNW); Dagdelen, Sevim (Mitglied des Deutschen Bundestages); Dahn, Daniela (Schriftstellerin); Dehm, Diether (Mitglied des Deutschen Bundestages); Enkelmann, Dagmar (Vorsitzende der Rosa Luxemburg Stiftung); Erdmann, Torsten (Deutsch-Russisches Forum e.V.); Ernst, Klaus (Mitglied des Deutschen Bundestages); Falk, Thomas (Deutsch-Russisches Forum e. V.); Frantz, Justus (Dirigent); Gornig,

Hans-Joachim (Deutsch-Russisches Forum e. V.); Hänsel, Heike (Mitglied des Deutschen Bundestages); Hahn, André (Mitglied des Deutschen Bundestages); Hermes, Oliver (Vorsitzender Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft); Hoffmann, Christine (Pax Christi); Hoffmann, Jelena (Vorsitzende Stiftung West-Östliche Begegnungen); Hoffmann, Martin (Deutsch-Russisches Forum e. V.); Hunko, Andrej (Mitglied des Deutschen Bundestages); Joas, Hans (Sozialphilosoph); Kaiser, Kerstin (Rosa Luxemburg Stiftung Moskau); Krone-Schmalz, Gabriele (Publizistin); Kumm, Uwe (Deutsch-Russisches Forum e. V.); Müller, Michael (Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Naturfreunde); Nastic, Zaklin (Mitglied des Deutschen Bundestages); Neu, Alexander (Mitglied des Deutschen Bundestages); Platzeck, Matthias (Vorsitzender, Deutsch-Russisches Forum e. V.); Rahr, Alexander (Osteuropaelexperte); Raiser, Konrad (Generalsekretär a. D. des Rates der Ökumenischen Kirche); Rösch-Metzler, Wiltrud (Kooperation für den Frieden); Schröder, Gerhard (Bundeskanzler a. D.); Silly (Band); Sommer, Jörg (Vorsitzender Deutsche Umwelthilfe); Teltshik, Horst (Aussenpolitischer Berater a. D. von Bundeskanzler Helmut Kohl); Thierse, Wolfgang (Parlamentspräsident a. D.); van Ooyen, Willi (Bundesausschuss Friedensratschlag); Vassiliadis, Michael (Vorsitzender Gewerkschaft, Bergbau, Chemie, Energie); Vogler, Kathrin (Mitglied des Deutschen Bundestages); Vollmer, Antje (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D.); von Knoop, Andrea (Ehrenpräsidentin Deutsch-Russische Auslandslandeshandelskammer); von Weizsäcker, Ernst-Ulrich; Wahl, Peter (Wissenschaftlicher Beirat Attac); Werneke, Frank (Vorsitzender ver.di); Wiese, Heino (Mitglied des Bundestages a. D.); Wohlfahrt, Harald (Geschäftsführer Käthe Wohlfahrt KG).

«Kann der Frieden wieder ...?»

Fortsetzung von Seite 1

prien und durch Zusammenarbeit einen neuen Krieg vermeiden half. Dieser Weg, der bis zur Schlussakte von Helsinki führte, liegt jetzt fast ein halbes Jahrhundert zurück. Er war weder einfach noch gradlinig. Aber er war ein Weg, der wegführte von der Logik der Eskalation und der Gefahr wechselseitiger Vernichtung.»

Biden und Putin haben sich in Genf getroffen

Zwei Tage vor der Rede des deutschen Bundespräsidenten haben sich in Genf – dank der Guten Dienste der Schweizerischen Eidgenossenschaft – der US-amerikanische Präsident Joe Biden und der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin zu einem rund dreistündigen Gespräch getroffen. Zum Inhalt des Gesprächs und zu dessen Atmosphäre nahmen beide Präsidenten am späten Nachmittag und frühen Abend in getrennt abgehaltenen Pressekonferenzen Stellung; beide sind öffentlich zugänglich in Bild, Ton und Text.¹

Das Treffen der beiden Präsidenten fand zu einem Zeitpunkt grosser Entfremdung zwischen den Regierungen der beiden Staaten und in einem Umfeld massivster Feindbilder statt. Feindbilder, die vor allem von seiten der USA und ihrer westlichen Verbündeten nun schon seit Jahren erzeugt und vertieft worden waren. Nahezu gleichlautend hatten die westlichen Mainstream-Medien das Feindbild Russland nicht nur transportiert, sondern heftig weiteres Öl ins Feuer gegossen. Eine sachlich orientierte Russlandberichterstattung gab es praktisch nicht mehr. Wie dies auf russischer Seite aussah, ist aus hiesiger Sicht nur schwer zu beurteilen. Ich lese immer mal wieder deutschsprachige russische Medien und habe dabei bei weitem nicht die Feindbildpropaganda beobachten können wie umgekehrt in westlichen Medien.

Keiner sollte mehr Sieger sein wollen

Wie dem auch sei: Aus dieser Sackgasse wieder herauszufinden ist nicht einfach. Dies merkte man vielen westlichen Medienkommentaren nach dem Treffen der beiden Präsidenten an, auch in der Schweiz. Hier nur ein kleines, eher harmloses, aber bezeichnendes Beispiel von vielen. Eine grosse Schweizer Tageszeitung titelte am 18. Juni: «Russland sieht sich als Sieger». Belege dafür finden sich im folgenden Text nicht. Könnte es nicht sein, dass sich im Titel vor allem Denkschablonen der Zeitungsmacher wiederfinden? Nämlich dass es bei

80 Jahre nach Beginn des Angriffskrieges auf die Sowjetunion

Auszug aus der zentralen Gedenkrede des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

«Was am 22. Juni 1941 begann, war die Entfesselung von Hass und Gewalt, die Radikalisierung eines Krieges hin zum Wahn totaler Vernichtung. Vom ersten Tage an war der deutsche Feldzug getrieben von Hass: von Antisemitismus und Antibolschewismus, von Rassenwahn gegen die slawischen und asiatischen Völker der Sowjetunion.

Die diesen Krieg führten, töteten auf jede erdenkliche Weise, mit einer nie dagewesenen Brutalität und Grausamkeit. Die ihn zu verantworten hatten, die sich in ihrem nationalistischen Wahn gar noch auf deutsche Kultur und Zivilisation beriefen, auf Goethe und Schiller, Bach und Beethoven, sie schändeten alle Zivilisation, alle Grundsätze der Humanität und des Rechts. Der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion war eine mörderische Barbarei.

So schwer es uns fallen mag: Daran müssen wir erinnern! Die Erinnerung an dieses Inferno, an absolute Feindschaft und die Entmenschlichung des anderen – diese Erinnerung bleibt uns Deutschen eine Verpflichtung und der Welt ein Mahnmal.

Hunderttausende sowjetische Soldaten sind schon in den ersten Monaten des Krieges, im Sommer 1941, gefallen, verhungert, erschossen worden.

Unmittelbar mit dem Vormarsch der deutschen Truppen begannen auch die Ermordung jüdischer Männer, Frauen und Kinder durch Erschiessungskommandos des SD und der SS und ihrer Hilfstruppen.

dem Treffen der beiden Präsidenten um die Frage gegangen wäre, wer der Sieger sei – und damit natürlich auch, wer der Verlierer. Ein solches Denken ist weit verbreitet, steht aber dem Bemühen um Frieden fundamental entgegen. Dass beide Präsidenten in ihren Pressekonferenzen nicht darauf aus waren, als «Sieger» dazustehen, sondern als ernsthaft Suchende nach einer friedlichen Lösung schwerwiegender Probleme und Konflikte, ist ein gutes Zeichen. Dass selbst ein so kritischer Denker wie Willy Wimmer in einem Interview mit der deutschen Ausgabe von *Russia Today* (RT) vom 18. Juni² eine positive Einschätzung über das Genfer Gipfeltreffen abgegeben hat, lässt aufhorchen.

Frieden ist der sehnlichste Wunsch

Sichere Aussagen über die Zukunft zu machen, ist immer gewagt. Ein einziges Treffen schafft noch keinen Frieden. Es gilt abzuwarten, was die einzusetzenden Arbeitsgruppen vorlegen werden. Der Wille der politischen

Hunderttausende Zivilisten in der Ukraine, in Belarus, in den baltischen Staaten und in Russland wurden Opfer von Bombenangriffen, wurden als Partisanen unerbittlich gejagt und ermordet. Städte wurden zerstört, Dörfer niedergebrannt. Auf alten Fotografien ragen nur noch verkohlte steinerne Kamine aus einer verwüsteten Landschaft.

Es werden am Ende 27 Millionen Tote sein, die die Sowjetunion zu beklagen hat. 27 Millionen Menschen hat das nationalsozialistische Deutschland getötet, ermordet, erschlagen, verhungern lassen, durch Zwangsarbeit zu Tode gebracht. 14 Millionen von ihnen waren Zivilisten.

Niemand hatte in diesem Krieg mehr Opfer zu beklagen als die Völker der damaligen Sowjetunion. Und doch sind diese Millionen nicht so tief in unser kollektives Gedächtnis eingegraben, wie ihr Leid, und unsere Verantwortung, es fordern.

Dieser Krieg war ein Verbrechen – ein monströser, verbrecherischer Angriffs- und Vernichtungskrieg. Wer heute an seine Schauplätze reist, wer Menschen begegnet ist, die von diesem Krieg heimgesucht wurden, der wird an den 22. Juni 1941 erinnert – auch ohne Gedenktag und Mahnmal. Spuren dieses Tages finden sich in alten Menschen, die ihn als Kinder erlebten, und in den jüngeren, in ihren Enkeln und Urenkeln.»

Quelle: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/06/12/10618-D-Russ-Museum-Karls-horst.html> vom 18.6.2021

Führungen, sich zu einigen, wird entscheidend sein. Dass auch unausgesprochene geopolitische Kalküle (zum Beispiel im Dreieck USA-Russland-China), also Machtfragen, eine Rolle spielen, wird allen Beteiligten klar sein. Trotzdem gilt: Wenn das Treffen in Genf ein Schritt hin zu mehr Frieden sein wird, war es ein grosser Erfolg. Das erste zu Papier gebrachte Resultat des Treffens der beiden Präsidenten, eine «Gemeinsame Erklärung zur Strategischen Stabilität» (siehe Kasten auf S. 1) ist sicher schon jetzt zu begrüssen. Beide Präsidenten erinnern daran, dass es beiden Staaten, selbst in Zeiten der Spannung, gelungen sei, Fortschritte dabei zu erzielen, «die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes und die Bedrohung durch einen Atomkrieg zu reduzieren». Mehr noch: Sie bekräftigen den «Grundsatz, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf».

Die Menschen und Völker in jedem Land der Welt haben einen sehnlichsten Wunsch:

in Frieden leben zu können. Dieser Friede war bis zum 16. Juni sehr gefährdet. Nicht zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Schon seit Jahren gibt es Regionen der Welt, in der die neue Konfrontation – wie schon im Kalten Krieg – auch mit Waffen ausgetragen wird. In der Blockkonfrontation hat man 1962 nach der Kuba-Krise einen richtigen Schluss gezogen: ein immer weiter gehendes Drehen an der Eskalationsspirale ist eine Sackgasse und bringt die Welt an den Rand der Vernichtung. Eine Zuspitzung des Konfliktes zwischen den USA und Russland ist heute nicht weniger eine Sackgasse, in der es nur Verlierer geben kann.

In einem Beitrag für die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* zum 80. Jahrestag des deutschen Angriffskrieges auf die Sowjetunion³ hat der russische Präsident Wladimir Putin erneut darum geworben, Trennlinien auf dem eurasischen Kontinent gemeinsam und gleichberechtigt zu überwinden; denn «wir können es uns einfach nicht leisten, die Last früherer Missverständnisse, Kränkungen, Konflikte mit uns herumzuschleppen. Eine Last, die uns an der Lösung aktueller Probleme hindert».

Wie schwer es den Verantwortlichen in den Nato- und EU-Staaten trotz allem fällt, die einmal beschrittene Sackgasse wieder zu verlassen, zeigte der EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. Juni. Statt sich, wie vom französischen Präsidenten und der deutschen Bundeskanzlerin vorgeschlagen, nach sieben Jahren wieder auf einen Dialog mit der russischen Regierung einzulassen, «einigte» man sich auf schärfere Sanktionsdrohungen gegen Russland. Wahrlich kein Schritt der Entspannung.

So soll die Frage des sowjetischen Kriegsgefangenen Boris Popov noch einmal am Schluss stehen: «Es ergibt sich zwingend die Frage: Wäre es nicht für die Menschheit Zeit, Kriege grundsätzlich abzulehnen und im Verhältnis gegenseitiger Achtung auch noch so komplizierte Fragen friedlich zu lösen?» •

¹ als Video mit deutscher Übersetzung: <https://www.youtube.com/watch?v=jubWvLsCow> (Pressekonferenz von Wladimir Putin), <https://www.youtube.com/watch?v=xZlbcywrPhs> (Pressekonferenz von Joe Biden); als Texte in englischer Sprache: <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/06/16/remarks-by-president-biden-in-press-conference-4/> (Pressekonferenz von Joe Biden), <http://en.kremlin.ru/events/president/news/65870> (Pressekonferenz von Wladimir Putin)

² <https://de.rt.com/international/119263-willy-wimmer-gipfel-von-putin/> vom 18.6.2021

³ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/ueberfall-auf-die-sowjetunion-1941-europa-russland-geschichte-wladimir-putin/komplettansicht> vom 22.6.2021

Nukleare Rüstung – Abbau tut not

von Gerd Brenner, Oberst iG

Neue Akteure, neue Technologien und veränderte geopolitische Verhältnisse machen in Zukunft neue Verträge über nukleare Waffensysteme und deren Träger notwendig. Darüber hinaus müssen im Lichte der Erkenntnisse über einen nuklearen Winter die Obergrenzen der Anzahl Waffen endlich drastisch gesenkt werden. Diese Erkenntnisse sind keineswegs neu, würden heute aber gebührende Beachtung verdienen. Generell ist wohl eine umfassende Neubeurteilung der Arsenale notwendig, denn einfach dort anzuknüpfen, wo man vor zehn Jahren stand, macht keinen Sinn.

Im Jahr 1987 unterzeichneten der damalige US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow den Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen INF (Intermediate-Range Nuclear Forces). Dieser wird oft als doppelte Nulllösung bezeichnet, denn er beinhaltete die Zerstörung vorhandener und den Verzicht auf den Bau neuer Atomwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite, das heisst solcher mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km. In der Folge vernichteten die USA ihre Bestände an nuklearen Mittelstreckenraketen des Typs «Pershing II» und die Sowjetunion bzw. Russland ihre RSD-10, die im Westen unter der Bezeichnung SS-20 bekannt geworden war. Vom INF-Vertrag unberührt blieben allerdings luft- und seegestützte Waffen mittlerer Reichweite. Nach langjährigen Vorwürfen seitens Russlands, die USA hätten gegen den INF-Vertrag verstossen, kündigte die Administration Trump am 1. Februar 2019 den Vertrag. Daraufhin zog sich auch Russland vom INF-Vertrag zurück, der seit dem 2. August 2019 offiziell nicht mehr in Kraft ist.¹

Im Jahr 2010 unterschrieben der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew und US-Präsident Barack Obama auf dem Gipfeltreffen in Prag den Vertrag über die Reduktion strategischer Atomwaffen (Strategic Arms Reduction Treaty), auch New-START-Vertrag genannt.² Russland und die USA einigten sich auf eine Reduktion der Anzahl der Sprengköpfe von 2200 auf je 1550 und die Anzahl der Trägersysteme von 1600 auf 800. In Kraft getreten im Februar 2011, sollte er bis Februar 2021 gültig bleiben. Die Admi-



Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan im Weissen Haus in Washington den INF-Vertrag. Dieser Vertrag sah die vollkommene Abrüstung aller landgestützten sowjetischen und US-amerikanischen atomaren Mittelstreckenwaffen vor. Mit der Vertragsunterzeichnung verband sich überall in der Welt die Hoffnung auf die Abrüstung aller Atom- und auch nichtatomarer Waffen. (Bild Wikipedia)

nistration Trump unternahm nichts, um die Vertragsdauer zu verlängern, wahrscheinlich, weil Donald Trump einmal mehr glaubte, einen besseren Deal herauszuholen zu können. Kurz nach seiner Amtsübernahme verlängerte der neue US-Präsident Joe Biden die Gültigkeitsdauer des Vertrags. So weit, so gut, aber alte, bisher ungenügend umgesetzt gebliebene wissenschaftliche Erkenntnisse, neue geopolitische Gegebenheiten, neue Akteure und neue Technologien zwingen dazu, Anstrengungen im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle fortzusetzen und auszuweiten.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, bis jetzt unbeachtet

Grundsätzlich gilt, dass die Sprengkraft einer beliebigen Sprengladung, sei diese konventionell oder nuklear, sich im dreidimensionalen Raum verteilt und dass damit der Radius, in welchem eine Detonation eine bestimmte Form von Zerstörung anrichtet, nicht proportional zur Sprengkraft wächst, sondern nur in der Kubikwurzel. Eine achtfach stärkere

Sprengladung vergrössert den Zerstörungsradius theoretisch nur um das Doppelte. Das Ausmass der Zerstörung, welche Sprengladungen anrichten – und das umfasst auch nukleare – lässt sich theoretisch somit recht gut beschränken. Dazu kommt, dass die Topographie die Wirkung von Druck, umherfliegenden Trümmern, Hitzestrahlung und radioaktiver Strahlung abschwächt. Das gilt aber nur für die unmittelbaren Auswirkungen einer Kernexplosion. Der von einer Explosion aufgewirbelte Staub, kombiniert mit Radioaktivität, führt dazu, dass die mittelbaren Folgen einer Atomexplosion in Raum und Zeit kaum zu begrenzen sind. Das ist wohl der Grund, weshalb die Atomkräfte seit 1945 vor dem Einsatz von Kernwaffen zurückschreckten.

Nach den ersten Einsätzen von Atomwaffen im Jahr 1945 bemühten sich die amerikanischen Militärs, deren radiologische Auswirkungen zu verheimlichen und zu verharmlosen, aber spätestens in der Phase praktisch ungehemmter atomarer Experimentierfreudigkeit während des Kalten Kriegs traten

diese offen zutage.³ Nach diversen Reaktorunfällen in Nordamerika, Europa und Asien sind die globalen Folgen der Freisetzung von Radioaktivität heutzutage wohl jedermann klar. Ungewollte und langfristige Folgen der Führung von Kampfhandlungen mit Kernwaffen sind somit unvermeidlich. Eine solche ungewollte politische Folge wäre ein nuklearer Winter.

Nuklearer «Todesfrost»

Ab der Mitte der siebziger Jahre kamen Wissenschaftler zur Erkenntnis, dass der Einsatz von Kernwaffen Auswirkungen hätte, die weit über den Einsatzort der Waffe hinausgehen. Die Verbesserung der Rechenkapazität von Computern, kombiniert mit Fortschritten in der Klimaforschung, erlaubten die Aussage, dass der massenhafte Einsatz nuklearer Sprengkörper unwiderrufliche Schäden an der natürlichen Umwelt weltweit und damit an der Lebensgrundlage der Menschheit verursachen würde.

So skizzierte der US-amerikanische Wissenschaftler John Hampson im Jahr 1974 die Veränderungen im photochemischen Regime der Atmosphäre, die durch nukleare Explosionen hervorgerufen werden können. Das klingt harmlos, aber es läuft auf eine Verdunkelung der Atmosphäre hinaus, die massiv weniger Sonnenlicht zur Erdoberfläche durchkommen lässt. Vergeblich schlug er vor, dass diese Effekte in zukünftigen Gesprächen über Rüstungsbegrenzung berücksichtigt werden müssten.⁴

Eine Gruppe weiterer amerikanischer Wissenschaftler kam im Jahr 1983 zu ähnlichen Schlüssen:

«[...] die Schwelle für grössere optische und klimatische Folgen kann sehr niedrig sein: nur etwa 100 Megatonnen, die über grossen städtischen Zentren detonieren, können [...] selbst im Sommer monatelang Temperaturen unter dem Gefrierpunkt erzeugen».⁵

Die katastrophalen Auswirkungen eines Kriegs mit Kernwaffen wurden auch in der Sowjetunion erkannt. Auf der Basis computergestützter Berechnungen prognostizierten

Fortsetzung auf Seite 4

«Diktatursozialisierte» Mitbürger – das neue Unwort des Jahres?

Eine Stellungnahme zum Stil öffentlicher Debatten in «fortgeschrittenen» Demokratien

von Peter Küpfer

Karl-Jürgen Müller hat in seinem Artikel «Feindbilder nach aussen ... und auch im Innern des Landes. Deutschland vor den Bundestagswahlen» (Zeit-Fragen Nr. 14 vom 15. Juni 2021) einmal mehr Veränderungen in der Sache und im Auseinandersetzungstil, mit Schwerpunkt Deutschland analysiert. Die in seinen Artikeln an vielen Beispielen aufgewiesene zunehmende Aggressivität und Unsachlichkeit öffentlicher Debatten ist aber nicht nur dort am Werk. Sein oben genannter Beitrag ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die moderne Demokratie heute gerade auch von innen bedroht wird. Dabei sind es nicht nur die vertretenen Inhalte, die in einer funktionierenden Demokratie, wenn sie Anspruch auf Billigung haben, verfassungsgemäss sein müssen, es ist auch die Sprache, mit der sie vertreten werden.

Im genannten Artikel geht es um das von vielen an die Wand gemalte Gespenst der AfD, der in linker, auch neoliberaler Optik heute schnell einmal das Etikett «rechtsradikal» angehängt wird, wie das auch im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt der Fall war. Sie fanden besonderes Echo, weil sie von vielen als «Barometer» für die Parlamentswahlen im September genommen wurden.

Das zentrale Zitat, es war Anlass für diese Zeilen, wird dort wie folgt eingeleitet: «Das Gespenst der rechtsextremen Gefahr hat eine lange Geschichte in Deutschland, es hat nach 1990 von offizieller Seite das Gespenst der linksextremen Gefahr [...] als Hauptgefahr abgelöst. Vor allem im Westen des Landes glauben viele, dieses Gespenst vor allem im Osten des Landes leibhaftig erkennen zu können. Jüngstes Beispiel dafür sind die Äusser-

ungen des CDU-Politikers und Ostbeauftragten der deutschen Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Marco Wanderwitz, im FAZ-Podcast für Deutschland vom 28. Mai, wonach in Ostdeutschland eine stärkere Neigung zur Wahl rechtsradikaler Parteien als im Westen bestehen soll.» Und dann folgt als Zitat die folgende, völlig inakzeptable Äusserung des Beauftragten der Bundesregierung für ihre Beziehungen mit dem östlichen Landesteil. Wanderwitz sagt: «Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreissig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind.» Ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung habe, so fährt der hohe Beamte über das Internet-Fenster der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» fort, «gefestigte nichtdemokratische Ansichten» [Herzvorhebungen PK]. Damit will er offenbar «begründen», warum im Bundesland Sachsen-Anhalt (ehemals Staatsgebiet der DDR) die Bürger zu einem grösseren Teil AfD gewählt haben als CDU.

Das ist ein starkes Stück, einmal in der Sache und dann auch im Stil: deutlich jenseits der roten Linie dessen, was auch in hitzigen Debatten noch geht. Ein in Staatsdiensten stehender hoher Funktionär sollte bei seinen öffentlichen Äusserungen über ein Wahlergebnis nicht so offenkundig Schwierigkeiten bekunden, seine persönliche Meinung von dem zu unterscheiden, was ihm sein Amt auferlegt: Mässigung in der Form und Verzicht auf wertende, parteiliche Stellungnahmen.

Die Äusserung ist neben ihrer verbalen Arroganz auch in der Sache energisch zurückzuweisen. Einem Teil der Einwohnerschaft

eines Bundeslandes, das früher zur DDR gehörte, zu unterstellen, sie seien zu grossen Teilen «diktatursozialisiert» und ihr deshalb «gefestigte nichtdemokratische Ansichten» zu attestieren, geht nun gar nicht. Will der Beauftragte für die Beziehungen der Bundesregierung zu den Ländern des ehemaligen Ostdeutschland diese Beziehungen nur dann anständig und sachlich führen, wenn die Menschen dort mehrheitlich seine eigene Partei wählen?

Seiner «Logik» entsprechend hätten ja alle die recht gehabt, die damals glaubten, das ganze deutsche Volk müsse (mit entsprechenden Massnahmen!) «entnazifiziert» werden, denn sie waren in dieser unzulässig verallgemeinernden Argumentation ja alle, in dieser Logik, mehr oder minder «diktatursozialisiert». Schon damals hatten die Alliierten die höchst anzweifelbare Überzeugung, sie seien dazu besonders legitimiert. Es ist diese heute im Westen wieder häufiger spürbare Arroganz, welche das Klima vergiftet, national und international. Die Gründergeneration der Bundesrepublik war sich von links bis rechts einig darüber, dass von Deutschland kein Angriffskrieg mehr ausgehen dürfe, auch keine Beihilfe zu solchen Kriegen. Auch wenn höchstrichterliche Instanzen die Dinge in eine andere, höchst fragwürdige Richtung gedreht haben, eines ist jedem der Sache verpflichteten Zeitgenossen der Nachkriegsgeneration klar: Das deutsche Grundgesetz ist in seiner prinzipiellen Ausrichtung auf die Ächtung jeder Form des Angriffskrieges lupenrein. Es bekräftigt diese Ächtung mit seiner wörtlichen Verpflichtung auf geltendes internationales Recht (z. B. die Uno-Charta). Die dieser prinzipiellen Grundausrichtung

offen widersprechende aktive Mitbeteiligung und Mitverantwortung der Bundesrepublik Deutschland am völkerrechtlich illegalen Angriffskrieg der Nato auf die Bundesrepublik Jugoslawien ging nicht von der deutschen Bevölkerung aus (sie wurde nicht gefragt), schon gar nicht von derjenigen der ehemaligen DDR, sondern ganz markant vom Alt-68er und zum Grünen gewordenen Joschka Fischer, damals Aussenminister der Regierung Schröder.

Die aktuell geforderte starke Anbindung der Bundeswehr an die «neue» Nato, die ihren ursprünglichen reinen Verteidigungszweck verliert, ist nicht nur Wunsch der kriegstreibenden Kreise in den USA, sondern offenbar auch derjenige der Kanzlerkandidatin der deutschen Grünen. Solche beunruhigenden Fakten kann kein noch so unbedachtes Wort aus der Welt schaffen. Im Fall von Frau Baerbock ist ihr offen Vertreter Positionen gegenüber der Anlehnung der Bundeswehr an eine weltweit aggressiv agierende Nato sicher nicht aus einer «diktatursozialisierten» Werthaltung heraus entstanden (die in Westdeutschland aufgewachsene und «sozialisierte» Kanzlerkandidatin ist Jahrgang 1980), er stammt vermutlich aus einer ganz anderen Denkfabrik.

Wenn wir schon von «Demokratiedefiziten» sprechen, dann liegen sie vor allem hier. Nicht bei Stimmbürgern, die sich anders verhalten, als es eine bestimmte politische Weltdeutung erwartet. Der erste Grundsatz jeder Demokratie ist der Respekt vor dem Willen des Souveräns. Das ist in wirklichen Demokratien das Volk, es sind nicht selbsternannte Experten, die seinen Willen selbstgerecht kommentieren oder mit unwissenschaftlichen Schlagwörtern als inkompetent umdeuten. •

«Man wollte mich diskreditieren»

Rechtsstreit zwischen Nahost-Korrespondentin Karin Leukefeld und WDR

von Ilona Pfeffer

Gibt es ein Urheberrecht auf ein Interview als Sprachwerk, und muss man es sich als Interviewpartner gefallen lassen, wenn ein Medium trotz Einspruchs das Interview verwendet und obendrein Falschbehauptungen verbreitet? Darum geht es im Rechtsstreit zwischen der freien Syrien-Korrespondentin Karin Leukefeld und dem Westdeutschen Rundfunk (WDR).

Für ein Hörfunkfeature, das Autor Marc Thörner im Auftrag des WDR für sämtliche ARD-Rundfunkanstalten produzierte, hatte sich dieser mit einer Interviewanfrage per E-Mail im August 2019 bei der Nahost-Korrespondentin Karin Leukefeld gemeldet. Leukefeld berichtet seit fast zehn Jahren für verschiedene deutschsprachige Medien aus Syrien und ist die einzige deutsche Korrespondentin, die in Syrien akkreditiert ist. Wegen ihrer langjährigen Erfahrung als Journalistin und ihrer Expertise als Korrespondentin, die tatsächlich vor Ort ist und mit der lokalen Bevölkerung spricht, schien es nur recht und billig, Karin Leukefeld als Gesprächspartnerin anzufordern, um die Zukunft Syriens zu diskutieren.

Bezüglich der Fragen schrieb Thörner vorab, er wolle Leukefelds «Einschätzung der syrischen Innen-, insbesondere der Versöhnungspolitik. Zweitens geht es darum, wie Sie die deutsche Außenpolitik hinsichtlich Syriens einschätzen, auch das Syrien-Bild in den deutschen Medien». Die Nahost-Korrespondentin, die in der Vergangenheit unter anderem auch Beiträge für den WDR produziert hatte, sagte zu und bereitete sich auf die genannten Themen vor. Bei der Aufzeichnung des über 40minütigen Skype-Interviews sei sie dann aber stutzig geworden, so Karin Leukefeld gegenüber SNA News. Manche Themen seien gar nicht zur Sprache gekommen, andere, die so nicht vereinbart gewesen seien, seien dafür beharrlich erfragt worden.

«Ein Punkt, warum ich beim Interview misstrauisch geworden bin, war das Thema: die Sicht der deutschen Medien auf den Syrien-Konflikt. Dazu kann ich sehr viel sagen. Aber er hat gesagt: Sie schreiben ja für die «Junge Welt» und für *Russia Today RT*. *RT* stuft er rechts ein, die «Junge Welt» linksaus-

sen. Er hat auch gesagt: Fällt Ihnen nicht auf, dass Ihre Argumentation ähnlich ist wie die der AfD? Da habe ich gesagt: Hören Sie mal, das eine ist eine Partei, und ich bin eine Korrespondentin vor Ort. Sie selbst sind auch Korrespondent, und Sie wissen, dass man berichtet, was man vor Ort hört und sieht, und versucht, das an die Öffentlichkeit in Deutschland zu vermitteln. Das hat mit der Position von irgendeiner Partei gar nichts zu tun», so Leukefeld. Thörner habe trotzdem immer weiter gebohrt, bis sie schliesslich gesagt habe, dass sie dazu gar nichts mehr sage. «Er wollte, dass ich mich von der AfD distanzieren. Ich habe gesagt, ich bin eine Journalistin und muss mich nicht von irgendwelchen Politikermeinungen distanzieren. An dem Punkt bin ich misstrauisch geworden.»

Das Unbehagen, das sie während des Interviews verspürt und teils auch geäußert habe, habe sie dazu veranlasst, nach dem Gespräch per E-Mail nachzufragen, welche Gesprächsteile der Autor für sein Radiofeature verwenden wolle, verbunden mit der Bitte, diese vorher in ihrem jeweiligen Kontext autorisieren zu können. Das habe Thörner abgelehnt, woraufhin sie ihn und den Sender davon in Kenntnis gesetzt habe, dass sie ihre Zustimmung für die Verwendung ihres Interviews zurückziehe, so die Syrien-Korrespondentin.

Veröffentlichung mit Falschbehauptung

Trotz Leukefelds ausdrücklichem Widerspruch samt Begründung wurde das Radiofeature am 26. Februar 2020 veröffentlicht und über die ARD-Hörfunkanstalten bundesweit ausgestrahlt. Lange Zeit war das Feature auch in den Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten abrufbar, wenn auch mit einer vorangestellten Gegendarstellung, die Karin Leukefeld erwirken konnte. Die Gegendarstellung bezieht sich auf diese Passage in dem Feature, in der Autor Thörner erklärt:

«Bald nach unserem Gespräch überrascht mich Karin Leukefeld mit einer E-Mail. Die Passagen über die SSNP und deren Selbstmordattentate möchte sie aus dem Gespräch gestrichen haben. Als ich das ablehne, weil das journalistischen Standards

nicht entspricht, will sie das gesamte Interview zurückziehen.»

Eine glatte Falschbehauptung, wie sich aus der Klageschrift der Journalistin ergibt. An keiner Stelle hatte Leukefeld das Zurückziehen ihres Interviews mit Passagen über die syrische Oppositionspartei SSNP verbunden. Tatsächlich hatte sie, nachdem sich Thörner nicht dazu äussern wollte, welche Passagen er nutzen wollte, zur Begründung ihrer Absage lediglich geschrieben, sie kenne sein Manuskript nicht und wisse nicht, welche ihrer Aussagen in welchem Kontext übernommen werden sollten. Da Thörner sich dazu nicht äussern wolle oder könne, ziehe sie ihre Zustimmung zurück.

Nach einiger Zeit verschwand das Feature aus den Mediatheken der ARD, das Transkript blieb jedoch noch für eine weitere Weile auf der WDR-Seite einsehbar. Ein Jahr später sind sowohl das Radiofeature als auch das Transkript in der ARD-Mediathek nicht mehr abrufbar. Hinweise auf die Sendung sind mit dem Satz versehen: «Auf Grund einer laufenden juristischen Klärung kann diese Sendung aktuell nicht angehört werden.» Presseankündigungen beim WDR sind noch einsehbar.

Das Internet vergisst nichts

Dass das Feature nicht mehr in den Mediatheken verfügbar ist, dürfte nur ein schwacher Trost sein, denn bekanntlich vergisst das Internet nichts. Bereits eine kurze Abfrage über ein Webarchiv fördert das fragliche Werk wieder zutage, so, wie es ausgestrahlt worden ist. Beim Anhören von Thörners knapp einstündigem Beitrag fällt von Beginn an auf, dass mit vielfältigen Hintergrundgeräuschen und Audioeffekten eine bestimmte Atmosphäre geschaffen werden soll, eine Stimmung, vor deren Hintergrund der Autor sein Narrativ von *Assads* «neuem syrischen Reich» ausbreitet. O-Töne aus dem über 40minütigen Interview mit Karin Leukefeld tauchen in kleinen, aus dem Zusammenhang gerissenen Schnipseln auf. Mehrmals werden sie mit den Aussagen des AfD-Politikers *Christian Blex* zusammengefügt, als sei das eine natürliche Allianz.

Von ihrer Expertise über Syriens mögliche Zukunft bleibt hingegen kaum etwas übrig.

Als sie das Feature erstmals gehört habe, sei ihr klageworden, dass Autor Marc Thörner für seine Darstellung eine völlig andere Idee gehabt habe, als er ihr bei der Interviewanfrage vermittelt habe, erinnert sich Karin Leukefeld. Es sei ihm nicht um die Frage gegangen, wie die Zukunft von Syrien aussehe, sondern er habe ein bestimmtes Bild gehabt, wie er sie darstellen wollte.

Auf der einen Seite habe Thörner sich nicht die Mühe gemacht, Hintergründe zu erklären, wie etwa Entstehung und Zusammensetzung der syrischen Oppositionspartei SSNP. Auf der anderen habe er die üblichen Bilder von Gut und Böse bedient, mit den üblichen Verdächtigen, wie dem bösen Machthaber Assad, der bösen Hizbullah, den bösen Komplizen Russland und Iran.

«Ich denke, da hatte er schon ein Gerüst, in welche Richtung das gehen soll – Märtyrer, Islamisten, Nazis. Dass ich da mit reingenommen wurde, hat meines Erachtens den einzigen Grund, dass ich diskreditiert werden sollte. Denn für die Idee, wie er das angebliche neue syrische Reich von Baschar al-Assad darstellt, brauchte er mich überhaupt nicht. Dafür brauchte er die genannten Märtyrer, Islamisten und Nazis. Aber ich als Journalistin hatte für diese Darstellung überhaupt keine Funktion. Ich denke, der einzige Grund, warum er mich interviewt hat, war, dass er mich da irgendwie reinmischen wollte, weil ich als Journalistin sehr viel Kritik ausgesetzt bin dafür, dass ich seit bald zehn Jahren aus Syrien berichte. Ich denke, da wollte er noch eins draufsetzen.»

Leukefeld zieht vor Gericht

Im Mai 2020 reichte Karin Leukefeld am Landgericht Köln Klage gegen den WDR ein. Kernpunkte waren hierbei die Frage, inwiefern der WDR, trotz Leukefelds Widerspruch, ihr Interview hat verwenden dürfen, sowie die Falschbehauptung bezüglich Leukefelds Begründung für das Zurückziehen des Interviews. Über ein Jahr später trafen sich die Parteien Ende Mai 2021 vor Gericht.

Fortsetzung auf Seite 6

Fussball: Schaulaufen der Gladiatoren

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e. V.

Die Fussballverbände sind nicht nur die reichsten, mächtigsten und bekanntesten Sportorganisationen, sondern auch die skrupellosesten, korruptesten, geldhungrigsten Funktionsorganisationen der Welt.

Die derzeitige «Europameisterschaft» hat zwar auch mit Sport zu tun – aber viel mehr mit Geld. Die zwei Dutzend auf einem Fussballplatz herumklickenden Spieler sind wie beim Pferderennen oder anderswo in der Showbranche nur das unterste Glied, über das sich multiplikativ Organisatoren, Geldgeber, Sekundärgeschäftemacher und Kriminelle bei internationalen und nationalen Wettbewerben um das grosse Geld balgen.

Das Schicksal der einzelnen Fussballspieler ist ähnlich brutal wie anderswo im Showgeschäft: Wenn der Spieler als «Talent» gilt, wird er gefördert – nicht seiner Person wegen, sondern weil diese Investition sich multiplizieren soll. Von 100 Geförderten verlieren mehr als 95 % die Förderung, wenn sie nicht erstklassig werden. Nur wenige sind für Spitzenleistung geeignet und machen selbst sowie für ihre Investoren das grosse Geschäft.

Der Profi-Fussball ist heute, wie früher das Gladiatorenspiel war: rücksichtslos, menschenverachtend. Nur Spitzenleistung wird überproportional bezahlt, Spitzenleistung erreicht wird aber wiederum nur mit völliger Unterwerfung seines Lebensstils, seines Lebenswandels, seiner Ziele und seiner Gesundheit unter den Leistungszwang des Sports.

So sind die Profi-Fussballer die heutigen modernen Gladiatoren und werden wie diese rücksichtslos gedrillt, ihr Leben wird diktiert, ihre Funktion durch Sport bestimmt, ihre Gesundheit von Masseuren, Ärzten und

z. B. Pillen rücksichtslos ausgebeutet, und sie werden wie die alten Gladiatoren in Rom dem zu Brutalität gewordenen Leistungssport geopfert. Es gibt nur wenige Spitzensportler, die überhaupt gesund ins Alter kommen. Die meisten sind vielfach operiert, zu Krüppeln oder zu Invaliden geworden – wie auch der Autor selbst mit kaputten Knien.

Der kurzen Zeit der Spitzenkarriere der Spitzensportler folgt in der Regel erst gesundheitlicher, dann wirtschaftlicher und menschlicher Absturz. Wer keine Spitzenleistung mehr bringt, wird aussortiert, abseviert, ist schlecht fürs Geschäft.

Mit der Spitzenleistung der Sportler aber verdienen vielmehr die Betreuer, Berater, Vermittler, Vereins- und Verbandsfunktionäre sowie die Medien. Das grosse Geld bleibt oben und kommt nur im Rinnsal bei den Akteuren unten an. An jedem Profi-Sportler verdienen nach Schätzung des *Mittelstandsinstituts* mehr als 30 Helfer, Schmarotzer, Journalisten und Funktionäre. Die Fussball-europameisterschaft ist für nicht einmal 300 Spieler, aber für mehr als eine Million Geschäftemacher das grosse Geld.

Kommt ein Lebens-, Gesellschafts- oder Geschäftsbereich unter Einfluss des Grosskapitals, verändern sich immer auch Ziel und Zweck:

- So sind die Banken und Finanzierungshelfer zum Selbstspekulant geworden,
- ist unser Gesundheitssystem zum Selbstbedienungsladen der Gesundheitsfunktionäre geworden,
- haben sich die Kirchen von der ideellen Verkündigung zu materiellen, staatliche Finanzen fordernden Sozialanstalten entwickelt

– und wird der Profi-Sport heute nicht mehr der Gesundheit oder des Sports wegen, sondern um der damit zusammenhängenden Geschäfte wegen betrieben. Und in dieser Branche treiben mehr Leute Geschäft als Sport.

Entsprechend hat sich auch der Sport selbst verändert. Den Spitzensport interessiert weniger der Nachwuchs in den Vereinen als die globale Suche nach irgendwelchen auswärtigen Talenten. Die Mannschaften entwickeln sich nicht mehr aus dem Verein, sondern es werden in der ganzen Welt Fussball-Legionäre für Millionenbeträge zusammengekauft. Bodenständigkeit, Identität oder auch Nationalität spielen keine Rolle mehr. Deshalb gibt es auch keine deutsche Nationalmannschaft mehr, sondern nur noch «Die Mannschaft» ohne Identitäten und mit überwiegendem Migrationshintergrund.

Kann man ein Talent irgendwo in Afrika oder Asien kaufen, wird dieses in allen Ländern sogar mit Tricks zur Wertsteigerung zum Nationalspieler gemacht (*Musiala*). Und bei höherem Gebot werden sogar zur Wertsteigerung die Nationalitäten und damit die «Nationalmannschaft» gewechselt.

Bleibt die Frage: Wie lange kann der Fussball-Gladiatoren-Sport noch Zuschauer oder Sportwetter faszinieren, wenn die mit Millionenbeträgen subventionierten multi-kulturellen Gladiatorenmannschaften aus England, Belgien, Frankreich, Deutschland o. a. immer weniger Eigenidentität haben, zum Spielball von Funktionären und Kapitalinteressen werden und nicht nur beliebig, sondern immer häufiger austauschbar sind. Einen gegen alle Finanzverlockungen heimattrauen *Uwe Seeler* oder *Franz Beckenbauer* gibt es heute

nicht mehr. Spitzenspieler spielen da, wo es das meiste Geld gibt, und wechseln den Verein und sogar die Nationalität, sobald es irgendwo mehr gibt. Und an diesem Wechselgeschäft verdienen die Vereine, Berater und Vermittler noch mehr als der Spieler selbst.

Mit Recht ist *Borussia Dortmund* eine Aktiengesellschaft geworden, deren Verdienst darin besteht, junge Nachwuchsspieler weltweit aufzuspüren, sie zu entwickeln, zu präsentieren, mit ihnen erfolgreich zu sein und sie dann mit tausendfachem Mehrwert zu verkaufen. Hat man zwei oder drei solcher Fälle im Jahr, ist hohe Rendite des Vereins, also der Aktiengesellschaft gewährleistet.

Ein anderes Geschäftsmodell ist das von *Bayern München* und den meisten spanischen und englischen Grossvereinen bzw. -gesellschaften: Fertige Spieler und Trainer zusammenkaufen, zum Erfolg führen und als Spitzenmannschaft vom Marketing leben: von Medien, Zuschauerzahlen, Gastspielhonoraren und Fanartikelverkäufen.

Die englischen Fussballvereine sind noch weiter vom Sport entfernt und auf den Kommerz orientiert: Die Spitzenvereine gehören inzwischen Oligarchen und anderen Finanzmächten. Sie sehen dies als Investment an, welches durch Siege Renditen und Wertsteigerungen erzielen muss, um dann wieder mit Gewinn verkauft zu werden.

Man muss einfach einsehen: Dem Fussball von heute geht es in erster Linie um Geld, mehr noch als um Sport. Der Profi-Sport ist nicht mehr Lebens- und Gesundheitstätigkeit, sondern brutales Geschäft, in dem die Finanzahe Dauergewinner, die Sportler kurzfristig Mitgewinner, langfristig aber die Verlierer sind. •

Die Gemeinde – das vernachlässigte Fundament der föderalen Demokratie

von Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch)

Die Gemeinden bilden die Basis des demokratischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Um so bedenklicher ist es, dass sie von der kantonalen und der bundesstaatlichen Ebene zunehmend gegängelt und eingeschränkt werden.

Seit fünfzehn Jahren bin ich parteiloser Gemeinderat in Oberrohrdorf-Staretschwil (Kanton Aargau) und seit bald sechs Jahren Vizeammann. In meiner Funktion werde ich immer wieder mit dem Problem konfrontiert, dass der Kanton in diversen Bereichen versucht, eine Vereinheitlichung auf der Gemeindeebene zu erreichen, was letztlich zu mehr Zentralisierung führt. Mal erlässt der Regierungsrat Verordnungen, die dann die Kantonsverwaltung auf Gemeindeebene durchsetzt (als Beispiel der Lehrplan 21), mal verabschiedet der Grosse Rat als Legislative neue Gesetze, die Umstrukturierungen und Reformen zur Folge haben und die auf der Gemeindeebene umgesetzt und bezahlt werden müssen (als Beispiel das neue Pflegegesetz). Zunehmend entstehen so Kosten, die im Gemeindebudget gebunden sind und den einzelnen Gemeinden einen immer kleineren Spielraum überlassen. In diesem Kontext des fortschreitenden Abbaus von dezentralen Strukturen fördert der Kanton auch Gemeindefusionen. Die beschriebene Entwicklung schwächt die Gemeinden, bis diese bereit sind, einer Fusion mit anderen Gemeinden zuzustimmen, besonders wenn sie dafür noch Geld vom Kanton erhalten. Grössere, anonyme Einheiten, geführt von «professionellen» Gemeindeexekutiven, sind gut für den Kanton, weil er damit mit einer «Top-down-Strategie» politische Vorstösse eher durchbringen kann. Damit werden aber der Föderalismus und auch das Subsidiaritätsprinzip immer mehr untergraben.¹

Es ist aber möglich, Gegensteuer zu geben: Im Rahmen meines politischen Amtes engagierte ich mich als Gemeinderat im Komitee «Für Gemeindeautonomie und einen solidarischen Aargau» gegen die «Gemeindereform Aargau», welche unter anderem die Möglichkeit von Zwangsfusionen beinhaltet hätte. Die kantonalen Abstimmungen konnten wir klar gewinnen. Trotzdem gab es neue Vorstösse des Kantons, mit denen er leider nach wie vor mit Beratung und viel Geld Gemeindefusionen unterstützt, obwohl wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass solche Fusionen nur wenig bringen.² Dem Kanton muss hier sicher weiter die Stirn geboten werden, denn die «Gemeindefreiheit» ist ein grundlegender historischer Baustein für die schweizerische Demokratie.

Die Bedeutung der Gemeindefreiheit

Der Schweizer Historiker Adolf Gasser (1903–1985) hob wie kein zweiter die Bedeutung der «Gemeindefreiheit» und damit verknüpft auch die Bedeutung des genossenschaftlichen Prinzips für die Schweizer Geschichte hervor. Für ihn war die europäische Geschichte stark vom Gegensatz zweier verschiedener Gesinnungen geprägt, und zwar von «Herrschaft und Genossenschaft». In diesen Erscheinungen standen sich, so betonte Gasser, zwei Welten gegenüber, die ganz verschiedenen Entwicklungsgesetzen folgten: die Welt der von oben her und die Welt der von unten her aufgebauten Staatswesen – mit anderen Worten: die Welt der Subordination und die der Koordination, die Welt des Zentralismus und die des Föderalismus,



Eine Gemeinde im Tessin. (Bild zvg)

die Welt der Befehlsverwaltung und die der Selbstverwaltung, die Welt der Gemeindeunfreiheit und die der Gemeindefreiheit: «Der Gegensatz Herrschaft – Genossenschaft ist vielleicht der wichtigste Gegensatz, den die Sozialgeschichte kennt. Beim Gegensatz Obrigkeitsstaat – Gesellschaftsstaat geht es eben um schlechtweg fundamentale Dinge: nämlich um die elementaren Grundlagen des menschlichen Gemeinschaftslebens.»³ In seinem Hauptwerk «Gemeindefreiheit als Rettung Europas» bemerkte Gasser, dass es das genossenschaftliche Ordnungsprinzip sei, das zu einer kommunalen Gemeinschaftsethik führe und so auch den Föderalismus, der mit dem Subsidiaritätsprinzip verknüpft ist, unterstütze: «Während im obrigkeitlich-bürokratischen Staate Politik und Moral auf grundsätzlich verschiedenen Ebenen liegen, gehören sie im gesellschaftlich kommunalen Staate untrennbar zusammen. Demgemäss wird man das genossenschaftliche Ordnungsprinzip, wie es den von unten nach oben aufgebauten Gemeinwesen zugrunde liegt, besonders zweckmässig als «kommunale Gemeinschaftsethik» bezeichnen.»⁴

Dieses genossenschaftliche Prinzip ist für die schweizerische Eidgenossenschaft seit dem Hochmittelalter schriftlich zum Beispiel in Talbüchern fassbar und war kontinuierlicher fester Bestandteil der eidgenössischen Gesinnung. Diese Denkart kommt in einem Zitat des Schweizer Historikers Wolfgang von Wartburg (1914–1997) besonders anschaulich zum Ausdruck: «Diese kleinen, natürlichen, sich selbst verwaltenden Gemeinwesen sind Schule und Nährboden der schweizerischen Freiheit und Demokratie geworden und sind es heute noch.»⁵ Mit der Gründung des föderalistischen Bundesstaates verloren zwar die Kantone ihre Souveränität, die sie im Staatenbund besaßen, aber mit dem Ständerat und dem Ständemehr erhielten die Kantone auf Bundesebene gewichtige Einflussmöglichkeiten. Und die Gemeinden?

Ein Gemeindereferendum auf Bundesebene?

In den letzten Jahren zeigte sich immer deutlicher, dass die zunehmende Komplexität der Aufgaben, die Verrechtlichung und die Tendenz zur Kompetenzverlagerung hin zu Kanton und Bund es für die Gemeinden schwierig macht, ihre Aufgaben weiterhin autonom zu erfüllen. Laut einer seit 1994 regelmä-

sig durchgeführten Befragung der Stadt- und Gemeindeglieder nimmt die Gemeindeautonomie stetig ab.

Um hier Gegensteuer zu geben und das Milizsystem sowie die Gemeindeautonomie zu stärken, lancierte der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) im Jahre 2017 die Idee eines Gemeindereferendums auf Bundesebene. Ausgangspunkt waren die genannten Überlegungen, dass die Gemeinden heute immer mehr ihre Gestaltungsspielräume verlieren. Der SGV will verhindern, dass die Gemeinden zu einem reinen Vollzugsorgan von Bund und Kantonen verkommen. Der Verband betont: «Die Gemeindeautonomie bildet das Bollwerk gegen Zentralisierungstendenzen. [...] Wenn selbständige Gemeinden einen bedeutenden Teil der öffentlichen Angelegenheiten erledigen, wird Macht vertikal geteilt. Die Gemeindeautonomie weist die Macht von Bund und Kantonen in Schranken.»⁶ Der SGV hält fest, dass der spezifisch schweizerische Föderalismus sowie die direkte Demokratie nur erhalten blieben, wenn sie auch in Zukunft ihre integrierende Wirkung auf allen drei staatlichen Ebenen entfalten könnten. Den Gemeinden müsse ein eigenständiger Gestaltungsspielraum verbleiben. Nur wenn Gestaltungsfreiheit gegeben sei, interessierten sich die Bürgerinnen und Bürger auch für die entsprechenden Milizämter auf Gemeindeebene. Wie können wir das erreichen?

In den letzten Jahren wurden durchaus institutionelle Mechanismen für die Erhaltung der Gemeindeautonomie entwickelt. So existiert in bereits sieben Kantonen (Baselland, Graubünden, Jura, Luzern, Solothurn, Tessin und Zürich) ein «Gemeindereferendum». Damit können die Gemeinden das Referendum gegen Kantonsbeschlüsse ergreifen und so das Volk für eine Abstimmung an die Urne bitten. Beim Gemeindereferendum auf kantonaler Ebene variiert die Anzahl Gemeinden, die nötig ist, damit ein Gemeindereferendum zustande kommt, von Kanton zu Kanton. Allen gemeinsam ist, dass weder eine Mindestzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern vorgesehen ist noch die Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden berücksichtigt werden. Mit diesem Gemeindereferendum wird die Stellung der Gemeinden im Kanton gestärkt. Beschlüsse des kantonalen Parlaments, welche die Gemeinden im besonderen Masse betreffen, können aktiv bekämpft werden, indem diese eine Volksabstimmung verlangen.

Der weitergehende Vorschlag des SGV war nun, dass in Ergänzung zum Kantonsreferendum zusätzlich ein Gemeindereferendum auf Bundesebene eingeführt werden soll. Damit könnte bei einer Vorlage, durch welche die Gemeinden ihre Gestaltungsfreiheit bedroht sehen, das Volk als Schiedsrichter entscheiden, ob es dem Erlass des Bundesparlaments zustimmt oder ob es den Gemeinden recht gibt. Konkret lautete der Vorschlag, dass es 200 Gemeinden aus mindestens 15 Kantonen möglich sein sollte, das Referendum zu ergreifen. Mittels einer parlamentarischen Initiative versuchte 2017 der CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, das vom SGV angedachte Gemeindereferendum auf Bundesebene zu lancieren. Der Nationalrat schrieb jedoch im Folgejahr nach einer relativ kurzen Debatte die Initiative klar ab.⁷ Zu fragen ist diesbezüglich, ob nicht im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und des demokratischen Aufbaus von unten nach oben das Gemeindereferendum in weiteren Kantonen eingeführt werden müsste, bevor es auf Bundesebene geprüft wird. Was aber sicher ist: Solche Debatten fördern Überlegungen, welche zweckmässigen politischen Instrumente die Gemeinden im föderalistischen System der Schweiz in Zukunft unterstützen können.

Republikanisches Freiheitsverständnis

Ziel muss sein, das Milizsystem und die Gemeindeautonomie zu stärken, damit die Qualität der Demokratie nicht noch mehr leidet und die Menschen sich aus dem öffentlich-gemeinwohlorientierten Leben verabschieden. Denn immer noch gilt, dass im kleinen Raum der Gemeinde die Basis des Engagements der Bürgerinnen und Bürger für das öffentliche Wohl gelegt wird. Das macht unser republikanisches Freiheitsverständnis als Grundlage des schweizerischen föderalistisch-subsidiären Systems aus, und das sollte erhalten werden. •

¹ Roca, René. Gemeindefusionen führen zu Demokratieverlust. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 3.2.2021, S. 19

² Schaltegger, Christoph A.; Studerus, Janine. Gemeindefusionen ohne Spareffekt. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.3.2017, S. 9

³ Gasser, Adolf. *Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung*, Basel: Verlag Bücherfreunde, 2. stark erweiterte Auflage, 1947, S. 13

⁴ Gasser, *Gemeindefreiheit*, S. 18

⁵ von Wartburg, Wolfgang. *Geschichte der Schweiz*, München: Oldenbourg, 1951, S. 17

⁶ Lindegger, Reto; Müller, Andreas. Für ein Gemeindereferendum auf Bundesebene. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.9.2017, S. 10

⁷ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=43947>

Erstveröffentlichung in *Schweizer Monat*, Mai 2021, www.schweizermonat.ch

LESER  BRIEF

Gender-Neusprech

Die Ausführungen des Germanisten Dr. Peter Küpfer zum Gender-Neusprech treten für einen Sprachgebrauch ein, der der kulturellen Tradition dieser reichhaltigen differenzierten Sprache entspricht. Er ist mit diesem Anliegen nicht allein. So sind unter vielen auch mir die Verrenkungen, um die sogenannte «männlich dominierte Sprache» in eine «von Frauenseite dominierte» zu verbiegen, schon lange ein Ärgernis. Als Beispiel: Ich hatte zu diesem Thema an *Radio SRF* geschrieben, weil ich den Ersatz von «Demonstranten» (d. h. den «Aufzeigenden», generisch neutral) durch «Demonstrierende» einmal mehr ein Zeugnis der Unkenntnis der Wortwurzel und der Sprache fand. Die Antwort zeigte mir, dass die Beanstandung nicht verstanden wurde und auch das Anliegen, die Sprache wieder von diesem Ballast zu befreien, nicht geteilt wurde. Um so mehr freute es mich, als ich heute die folgende Bemerkung auf dem Brief meiner Bank fand: «Im Interesse einer besseren Lesbarkeit werden Texte geschlechtsneutral formuliert ...»

Renate Dünki, Oberwangen

«Man wollte mich diskreditieren»

Fortsetzung von Seite 5

Wie Karin Leukefeld im Anschluss daran gegenüber SNA sagte, sei der Richter der Argumentation ihrer Anwälte nicht gefolgt, dass das Interview als Sprachwerk dem Urheberschutz unterliegt. Die Rechtslage sei hier nicht ganz klar, erklärt die erfahrene Journalistin.

«Der Standard ist eigentlich, dass man mit dem Interviewpartner das Gespräch führt und dann sagt: Bevor ich das veröffentliche, lege ich Ihnen das vor, und Sie autorisieren das. Das ist mein Standard, wie ich das immer mache, und ich weiss es auch von anderen

Kollegen. Aber es gibt dazu offensichtlich keine rechtliche Festlegung. Es gibt zahlreiche Rechtsstreitigkeiten in dieser Angelegenheit. Immer in den Fällen, wo der Interviewte den Eindruck hat oder auch nachweisen kann, dass die Nutzung der O-Töne in einem ganz anderen Kontext gelaufen ist.»

In dem anderen zentralen Streitpunkt, nämlich der Begründung für ihren Rückzug, habe der Richter hingegen ganz klar gesagt, dass sich das aus dem Schriftverkehr nicht ergebe. «Das hat sich Herr Thörner so zu rechtgebogen und das ist eine Falschbehauptung, da hätte ich Recht.»

Nach einer kurzen Verhandlungspause mit intensiven Beratungen habe der WDR einen

Vorschlag zur Güte vorgelegt, den sie angenommen habe, so Leukefeld. Dieser müsse beim WDR aber noch hausintern abgestimmt werden und werde daher erst in einigen Wochen spruchreif.

Einen Tag nach der Verhandlung haben wir die Anwaltskanzlei, die den WDR vertritt, angeschrieben, um ihm ebenfalls die Gelegenheit zu geben, sich zum Sachverhalt zu äussern. Bis zum Redaktionsschluss (am 2. Juni) haben wir keine Antwort erhalten. •

Quelle: https://snanews.de/20210602/rechtsstreit-nahost-korrespondentin-wdr-2338855.html?utm_source=push&utm_medium=browser_notification&utm_campaign=sputnik_sna vom 2.6.2021

«Nein! Einen solchen Umgang wollen wir nicht ...»

Jugendgewalt braucht unser entschiedenes Entgegenreten

von Dr. Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin

Seit 2015 haben die Jugendkriminalität und Jugendgewalt kontinuierlich zugenommen, nachdem sie in den vorhergegangenen Jahren rückläufig waren. Eine solche Entwicklung darf von der Gesellschaft nicht einfach hingenommen werden, sondern es braucht ein geeintes Vorgehen von uns allen. Die Zukunft der nachwachsenden Generation und der Gesellschaft darf uns nicht gleichgültig sein.

Warum diese Sprache?

Vor einiger Zeit wurde ich zufälligerweise Zeugin eines Gesprächs zwischen zwei Jugendlichen. Marc berichtete seinem Freund Mario von einer zu Ende gegangenen Beziehung zu einem Mädchen. Sie hatte ihn per WhatsApp verabschiedet. Marc hatte sie offenbar auch so kennengelernt, als Kollegin eines Kollegen einer Kollegin. Natürlich war er sehr betroffen, wiegen doch Erfahrungen bei den ersten Versuchen einer Liebesbeziehung besonders schwer, und das Gefühlsleben von Jugendlichen ist gerade in dieser Altersspanne speziell empfindlich. Zum Glück hatte er in Mario einen Freund, dem er seine Not anvertrauen konnte. Marc tat mir leid, und ich hoffte, dass er seinen Liebeskummer bald verkraften und wieder Zuversicht und einen klareren Blick gewinnen konnte. Ich kannte die beiden Jugendlichen persönlich und wusste ihre umgängliche und oft humorvolle Art zu schätzen. Um so erstaunter war ich hinsichtlich des Wortgebrauchs der beiden. Da ging es um «Schlampe», «Looser», «verpissen», «abhängen» usw. Immerhin mehrheitlich Deutsch ...

Eine zunehmend rauhere Grundstimmung

Mich fröstelte beim Zuhören, denn seit längeren beschäftigt mich die rauhe Grundstimmung im zwischenmenschlichen Umgang, die sich auch in der Sprache von Jugendlichen spiegelt. Für manche von ihnen ist der oben beschriebene Jugendslang «normal» geworden. Nicht böse gemeint, eher eine Hilflosigkeit und mangelnde Sorgfalt im Umgang ausdrückend, aber auch von ihren erwachsenen Bezugspersonen nicht anders verlangt. Natürlich weiss ich, dass jede Generation «ihre» Sprache hat, die sich immer wieder ändert. Oder wer weiss wohl noch, was das Wort «läss» bedeutet, das wir in Abgrenzung zu den Erwachsenen inflationär gebrauchten, um etwas zu umschreiben, das wir toll fanden? Seither ersetzt durch «mega», «cool» und «super»! Trotzdem: «Das Klima unter den Jugendlichen ist wieder rauher geworden», hielt 2020 auch die Jugendanwaltschaft des Kantons Zürich in einer Medienmitteilung fest.¹ Und das muss uns doch zu denken geben.

Erneuter Anstieg von Jugendkriminalität und Jugendgewalt

Im April 2021 gelangte die Jugendanwaltschaft des Kantons Zürich wiederum an die Öffentlichkeit mit ihrem Bericht zur Jugendkriminalität und Jugendgewalt und berichtete, dass die gegen Jugendliche eröffneten 5208 Strafverfahren eine Zunahme von 3,6% gegenüber dem Vorjahr bedeuteten. Zum fünften Mal in Folge war ein Anstieg der registrierten Jugendgewalt zu vermelden. Jede zwanzigste Verurteilung betraf ein Delikt gegen Leib und Leben. Seit 2015 hat die Jugendgewalt im Kanton Zürich kontinuierlich zugenommen, am markantesten im Jahr 2019 mit erschreckenden 35,6%.

Bei den Beschuldigten aller verzeigten Gewaltstraftaten handelte es sich zumeist um männliche Täter (91,3%), die durchschnittlich 15,7 Jahre alt waren. Mehrheitlich waren sie vorher noch nie straffällig geworden. Gestiegen war auch die Zahl der Jugendlichen, die wegen mehrerer Gewaltdelikte verzeigt wurden. Auffallend war zudem, dass Gruppendelikte nochmals leicht – im Jahr zuvor markant – zugenommen hatten, vor allem bei den älteren Jugendlichen, die fern elterlicher Kontrolle nachts oder abends unterwegs waren und oft unter Einfluss von Alkohol vermehrt auch im öffentlichen Raum delinquenten. Die Opfer waren meist andere Jugendliche, wobei sich Opfer und Täter nicht zwangsläufig kannten.² Zum Medienkonsum, der in erwiesenem Zusammenhang mit dem gewalttätigen Verhalten steht, werden seit 2016 auch die Zahlen zu

missbräuchlichem Medienkonsum bei Jugendlichen erhoben mit dem Ziel, einen Beitrag zur Sensibilisierung von Eltern und Jugendlichen für die Möglichkeiten und Gefahren des Internets zu leisten. «Denn unüberlegtes Onlineverhalten lässt sich kaum mehr rückgängig machen und kann nicht nur strafrechtliche Konsequenzen, sondern auch massive persönliche Schädigungen zur Folge haben.»³

Kein Platz für Jugendgewalt

Ein grosser Teil der Jugendlichen kommt nie mit dem Gesetz in Konflikt. Von den 10- bis 17-jährigen war es im Jahr 2020 nur ungefähr jeder fünfte. Oft sind es leichte bis mittelschwere Vergehen wie Schwarzfahren, Landdiebstahl oder Sachbeschädigungen. Und glücklicherweise reicht bei den meisten von ihnen die «gelbe Karte» eines Verweises, und der Verstoß gegen das Gesetz bleibt einmalig. «Doch unabhängig von der Schwere des Delikts: Jegliche Formen von Jugendgewalt haben in unserer Gesellschaft keinen Platz und werden dementsprechend nicht toleriert»⁴, hält die Strafbehörde weiter fest. Oft sei die Motivation für delikthafte Verhalten pure Langleweiligkeit, wie Alexandra Ott Müller, die Leitende Jugendanwältin der Jugendanwaltschaft Winterthur feststellt. Die Mehrheit der Beschuldigten verfüge zwar über eine Tagesstruktur, habe aber wenig Struktur im Freizeitverhalten. «Sie haben keine Hobbys, hängen herum und begeben aus Langleweiligkeit eine Straftat.» Als Beispiel erzählt sie von einem 15-jährigen Schüler, der in ein problematisches Umfeld geriet und in einem Streit einem Jugendlichen die Faust ins Gesicht geschlagen habe. Trotz Strafe war er kurze Zeit danach an einem Raub beteiligt. Nun muss er sich auch dafür vor Gericht verantworten.

Corona ist es nicht

Im Corona-Jahr lag es auf der Hand, die Ursachen für die erneute Zunahme von Jugendgewalt bei den einschränkenden Massnahmen zu suchen. Dagegen spricht jedoch, dass der Anstieg bereits seit fünf Jahren erfolgt und 2019, im Jahr vor der Pandemie, sogar sprunghaft emporschnellte. Auch ist es keineswegs so, dass erschwerte Lebensbedingungen zu delikthafte Verhalten führen, wie immer wieder behauptet wird. Im Kanton Zürich beging der Grossteil von Jugendlichen aus solchen Verhältnissen keine Delikte. Es mag sein, dass Risikofaktoren wie familiäre Belastungen, finanzielle Probleme und fehlende Tagesstrukturen während der Pandemie zugenommen haben, wie der Bericht weiter festhält.⁵ Aber die Hauptursache der Zunahme von Gewalttaten sei es nicht.

Prävention braucht gesicherte wissenschaftliche Grundlagen

Die Frage der Jugendgewalt ist nicht neu. Verschiedene Wissenschaftszweige haben sich mit den Ursachen von Aggressivität und Gewalt befasst und die noch offenen Fragen abschliessend geklärt. Auch wenn sich diese wissenschaftlichen Erkenntnisse noch nicht durchgehend in der Bevölkerung und auch bei Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft verbreitet haben, besteht auf wissenschaftlicher Ebene Einigkeit.⁶ Gewalttätigkeit ist keine dem Menschen innewohnende Verhaltensweise, sondern wird gelernt. Entscheidende Erkenntnisse dazu liefert die soziale Lerntheorie Albert Banduras. Das Wissen um diese Zusammenhänge muss nachhaltigen Präventionsbemühungen zugrundeliegen, die – heute um so mehr – auf unterschiedlichen Ebenen nötig sind.

«Ich muss meine Wut rauslassen ...»

Trotz allem halten sich längst veraltete Theorien und sind schnell zur Hand, wenn Randalen und Gewalt erklärt oder auch entschuldigt werden sollen. Das stellte ich in der Argumentation eines Jugendlichen fest, der sich unbedingt zum Box- oder Kickbox-Training anmelden wollte. Alex ärgerte sich über seine schlechten Noten, einen Kollegen, der ihm die Freundin ausgespannt hatte, und dass die Eltern von ihm verlangten, während der Woche spätestens um zehn Uhr zu Hause zu sein. Irgendwo hatte Alex aufgeschnappt, dass das

Einschlagen auf einen Boxsack helfen würde, wieder entspannter im Leben zu stehen, ausserdem brauche man das heute zur Selbstverteidigung. Er vertrat damit unwissentlich eine Aggressionstheorie, die ihre Anfänge in der Triebtheorie Freuds hat. Diese Vorstellung von der «Naturgegebenheit» menschlicher Aggression wurde in den 1940er Jahren mit der Frustrations-Aggressions-Theorie weitergeführt. Jede Aggression sei Folge von Frustration, und jede Frustration führe wiederum zu Aggression. Darum: Kinder auf keinen Fall frustrieren! In ähnlicher Weise begründete der Verhaltensforscher Konrad Lorenz aggressives und gewalttätiges Verhalten, als er in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts seine Instinkttheorie formulierte. Aggressionen und Gewalt seien die Entladung von Energie, die sich im menschlichen Gefühlsleben gestaut habe und ein Ventil brauche.⁷ Erstaunlich, wie hartnäckig sich überholte Theorien halten, dachte ich, als ich den Jugendlichen argumentieren hörte. – Genauso falsch war im übrigen sein Argument der Selbstverteidigung. Jeder Sicherheitsexperte würde ihm sagen, dass es am besten sei, sich schnellstmöglich aus brenzligen Situationen zu entfernen, bzw. noch besser, sich schon gar nicht an solchen Orten aufzuhalten. Auch das müssen Jugendliche heute wissen, denn viele suchen vermehrt das Risiko, orientieren sich an Gleichaltrigen und grenzen sich ein Stück weit von den Erwachsenen ab. So hatten der Jugendliche und ich eine spannende Diskussion zusammen, und ich hoffe, dass meine Argumente doch irgendwie bei ihm hängen bleiben.

Positives und negatives Verhalten wird gelernt

Heute ist klar: Aggressives und gewalttätiges Verhalten werden genauso gelernt wie ein gemeinschaftlicher Umgang in zwischenmenschlichen Beziehungen! Diese Erkenntnis des amerikanischen Forscherteams Bandura und Walters ist bis heute nicht widerlegt worden. Dabei geht es nicht nur um Verhalten im engeren Sinne, sondern auch um Einstellungen und bestimmte Handlungsnormen. Genauso wie sozial positive Verhaltensweisen lernen Kinder auch aggressives Verhalten, wenn sie entsprechende Vorbilder haben. Modelle dafür stammen aus der unmittelbaren Umgebung – Eltern, Erziehende und Gleichaltrige. Zunehmend spielen aber auch Rollenmodelle aus den Medien, der Musik- und Computerspielszene eine wichtige Rolle, genauso wie Drogen und Alkohol. Doch diese Fragen sind heute geklärt. «Das ist klar, die Vorbilder aus den Medien. Aus der Gewaltforschung weiss man, dass klare Zusammenhänge zwischen Medien und Gewalt bestehen. Man hat klare Fakten. Wer will das schon leugnen?», meint die renommierte Gewalt- und Mobbingforscherin Françoise Alsaker.⁸

Prävention braucht gemeinsame Grundlagen

Aggressivem und gewalttätigem Verhalten muss durch nachhaltige Prävention vorgebeugt werden. Dazu gehört Einigkeit darüber, auf welchen Werten unser gesellschaftliches Zusammenleben aufbauen soll. Unsere Kultur und unsere nationalen und internationalen Rechtssysteme haben sich, beruhend auf der christlich-abendländischen Kultur, über einen langen Zeitraum hinweg entwickelt. Der Mensch als Person und seine Würde stehen im Zentrum, und aus seiner sozialen Natur ergibt sich notwendigerweise das Gefühl des Aufeinander-angewiesenseins. Das bedeutet auch, Verantwortung zu haben für das Zusammenleben, Rücksicht zu nehmen und einander in Notsituationen beizustehen. Jede Generation steht vor neu auftauchenden Aufgaben, für die sie geeignete Lösungen suchen und das erworbene Wissen der nächsten Generation weitergeben muss. So können Kinder und Jugendliche in dieses Denken und die Lebensauffassung hineinwachsen und die Sicherheit erlangen, anstehenden Aufgaben in ihrem sozialen Umfeld gewachsen zu sein. Den gesetzlichen Rahmen für das Zusammenleben bilden die nationalen Rechtssysteme und internationale Vereinbarungen. Dieses über Jahrhunderte entstandene Fundament menschlichen

Zusammenlebens muss der Staat sichern und Verstösse dagegen ahnden.⁹

Bröckelndes Fundament, aber ...

In einem schleichenden Prozess werden diese Grundlagen unserer Gesellschaft seit längerem von verschiedenen Seiten in Frage gestellt und haben einen Werteverfall und Werterelativismus nach sich gezogen. Ohne diesen Wertewandel einzubeziehen, lässt sich die Frage nach den Ursachen zunehmender Jugendgewalt nicht klären, denn er hat einen Graben zwischen den Generationen aufgerissen. Darum ist die Weitergabe grundlegender Werthaltungen brüchig geworden, und die zwischenmenschlichen Beziehungen sind fragil.¹⁰

Trotz dieses bröckelnden Fundaments zeigt es sich immer wieder, dass das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Anteilnahme auch heute noch bei vielen Menschen lebt. Das war zu Beginn der Covid-19-Pandemie gut zu beobachten, als sich die Menschen gegenseitig halfen und unterstützten und dankbar waren für die Arbeit und das Engagement von Mitmenschen, die in speziell exponierten Berufen tätig waren – auch viele Jugendliche. Sie liessen sich gerne dazu gewinnen oder entwickelten eigenaktiv Ideen, wie sie ihren Beitrag zur Bewältigung der schwierigen Situation leisten konnten.

«Was es braucht, ist eine konzertierte Aktion ...»

«... und eine gemeinsame Haltung derjenigen Akteure, die sich mit Jugendlichen beschäftigen. Da sind die Schulen genauso gefragt wie die Elternhäuser und die Jugendsozialarbeit. Sie müssen es gemeinsam tun», forderte Kriminologe Dirk Baier kürzlich in einem Fernsehinterview.¹¹ Gewalttätiges Verhalten darf nicht verharmlost werden und muss auf jeden Fall und in jeder Altersstufe sehr ernstgenommen werden. Dazu braucht es bei den Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen den Aufbau eines inneren und äusseren Schutzes gegenüber Gewalt. Das beginnt im Elternhaus, wo die Familie das gefühlsmässige Fundament dafür aufbauen kann, dass ihre Kinder ihren Mitmenschen mit Respekt und Würde begegnen, dass sie dies auch für sich einfordern und bereit sind, einen sinnvollen Beitrag in der Gesellschaft zu leisten. Kinder brauchen die gefühlsmässige Sicherheit dafür, dass ihnen die Eltern zur Seite stehen, wenn sie ihre ersten Schritte ins Leben machen. Soll das gelingen, dürfen die Erziehenden nicht dem Irrtum zum Opfer fallen, ihre Kinder vor den Anforderungen des Lebens zu verschonen und stets darauf bedacht zu sein, deren Wünsche und Bedürfnisse zu erfüllen. So schwächen sie ihre Kinder, ohne es zu wollen; diese entwickeln keine natürliche Achtung vor ihnen, und der natürliche Prozess der Übernahme von Werten wird empfindlich gestört oder gar verhindert. Gegenseitige Hilfe, mitmenschliche Verantwortung, Anteilnahme und andere Werte können sich so nicht ausbilden. – Diese Aufbauarbeit im familiären Umfeld muss in Kindergarten und Schule fortgesetzt werden. Da liegt ein breites Feld, um der Entstehung von Gewalt entgegenzutreten.

Die Kinder müssen lernen, einander mit Achtung und Sorgfalt zu begegnen, mit Meinungsverschiedenheiten, Rivalitäten und Konflikten zurande zu kommen und diese fair auszutragen. Dazu braucht es die Achtsamkeit und Entschlossenheit aller Beteiligten, ansonsten kann sich schnell ein aggressives Schulklima ausbreiten. Es genügt nicht, über eine gewisse Zeit Gewaltpräventionsprogramme einzusetzen, und wenn sie versanden, darüber zu klagen, dass alles nichts nützt. Auch kann diese Aufgabe nicht speziell ausgebildeten Kindern und Jugendlichen übergeben werden.¹² Sondern es braucht ein Zusammenstehen und den Schulterchluss aller unter Einbezug der Eltern, um Gewalt- und Konfliktsituationen schnell und entschieden einhalt zu gebieten.¹³ – Auch auf gesellschaftlicher Ebene ist ein Konsens gefordert. Wenn es da keine klare Übereinkunft zu Gewalt und Aggression gibt, kann schnell ein Flächenbrand entstehen. Denn eine feh-

Fortsetzung auf Seite 8

Erklärung von Sevilla zur Gewaltfrage

zf. Im April 2021 schrieb der Psychobiologieprofessor J. Martín Ramírez zum 35. Jahrestag der Erklärung von Sevilla, «dass wir nicht aufgrund unserer Biologie zu Krieg und Gewalt verdammt sind. Vielmehr ist es uns möglich, Krieg und das damit verbundene Leid zu beenden. Wir können es nicht alleine schaffen, sondern nur gemeinsam. Es macht jedoch einen grossen Unterschied, ob jeder von uns daran glaubt, dass wir es tun können oder nicht. Genauso wie der Krieg in der Antike erfunden wurde, können wir den Frieden in unserer Zeit erfinden. Es liegt an jedem von uns, seinen Teil dazu beizutragen.»

Im November 1989 hatte die 25. Generalkonferenz der Unesco mit ihrer Resolution 25C/Res.7.1 beschlossen, die am 16. Mai 1986 von 20 Wissenschaftlern als Beitrag zum Internationalen Friedensjahr 1986 formulierte Erklärung zur Gewaltfrage weltweit zu verbreiten und als Grundlage eigener Expertentagungen zu verwenden. Sie wendet sich energisch gegen das fatalistische Festhalten an der Meinung, Gewalt und Aggression seien eine Art «Naturgesetz», und auch noch so gut gemeinte Aktionen könnten nichts daran ändern. Wir tun gut daran, uns heute, 35 Jahre danach, dieses Grundlagenpapier in Erinnerung zu rufen.

Wir halten es für unsere Pflicht, uns aus der Sicht verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit den gefährlichsten und vernichtendsten Aktivitäten der Menschheit zu befassen: mit Krieg und Gewalt.

Wir wissen, dass die Wissenschaft ein Produkt des Menschen ist, sie deshalb weder endgültig noch allumfassend sein kann.

Wir danken der Stadt Sevilla sowie den Vertretern der Spanischen Unesco-Kommission für die Unterstützung unseres Treffens. In Sevilla trafen sich Wissenschaftler aus der ganzen Welt, die sich mit dem Thema Krieg und Gewalt beschäftigten.

Unsere wissenschaftlichen Befunde haben wir in der folgenden «Erklärung zur Gewalt» dargelegt.

In dieser wenden wir uns gegen den Missbrauch biologischer Forschungsergebnisse, die – auch von einigen Vertretern unserer Fachbereiche – zur Rechtfertigung von Krieg und Gewalt herangezogen wurden. Einige dieser Erkenntnisse, die wir als solche nicht bestreiten, haben das Aufkommen einer pessimistischen Grundstimmung in der Öffentlichkeit mitverursacht. Wir sind der Auffassung, dass die öffentliche und gut begründete Zurückweisung falscher Interpretationen von Forschungsergebnissen einen wirksamen Beitrag zum «Internationalen Jahr des Friedens» (1986) und zu künftigen Friedensbemühungen leisten kann.

Der Missbrauch wissenschaftlicher Theorien und Forschungsergebnisse zur Rechtfertigung von Krieg und Gewalt ist nichts Neues; er hat die gesamte Geschichte der modernen Wissenschaften begleitet. So wurde beispielsweise Krieg, Völkermord, Kolonialismus und die Unterdrückung von Schwächeren mit der Evolutionstheorie gerechtfertigt.

Wir stellen unsere Positionen in Form von fünf Aussagen dar, sind uns dabei aber bewusst, dass es vom Standpunkt unserer Fachbereiche aus noch zahlreiche weitere Fragen zu Krieg und Gewalt gibt.

Wir wollen uns auf fünf Kernaussagen, die wir für einen ersten wichtigen Schritt zur Erarbeitung einer umfassenden wissenschaftlichen Position halten, beschränken.



Zum 35. Jahrestag der Erklärung von Sevilla veröffentlichte die spanische Zeitschrift «Nuestra Nebrija» im April 2021 den Beitrag von Jesús Martín Ramírez, Psychobiologieprofessor und Mitunterzeichner der Erklärung von Sevilla von 1986: «Die Erklärung von Sevilla über Gewalt anlässlich ihres 35-jährigen Bestehens». (Bild Screenshot der Zeitschrift «Nuestra Nebrija»)

Verhaltensforschung

Die wissenschaftliche Aussage, der Mensch hätte eine Neigung zu kriegerischen Handlungen von seinen Vorfahren aus dem Tierreich geerbt, ist falsch.

Zwar kommen Kämpfe innerhalb des ganzen Tierreichs vor, doch gibt es nur wenige Berichte über Kämpfe zwischen organisierten Gruppen von Tieren, und bei keinem dieser Kämpfe wurden – als Waffen gedachte – Werkzeuge eingesetzt. Die normalen Verhaltensweisen von Raubtieren können nicht mit Gewalt innerhalb derselben Spezies gleichgesetzt werden. Kriegsführung ist ein spezifisch menschliches Phänomen, das bei Tieren nicht vorkommt.

Die Tatsache, dass sich das Führen von Kriegen im Laufe der Geschichte so radikal verändert hat, zeigt: Krieg ist ein Produkt der kulturellen Entwicklung. Biologisch gesehen hat Krieg mit Sprache zu tun, die es ermöglicht, Gruppen zu koordinieren, Technologien zu vermitteln und Werkzeuge zu gebrauchen. Aus der Sicht der Verhaltensforschung und Biologie sind Kriege möglich, jedoch nicht unvermeidbar, wie ihre unterschiedlichen Ausprägungen in verschiedenen Epochen und Regionen zeigen. Es gibt Kulturen, in denen über Jahrhunderte, und andere, in denen nur zeitweise oder gar keine Kriege geführt wurden.

Biologische Vererbungsforschung

Die wissenschaftliche Aussage, Krieg oder anderes gewalttätiges Verhalten sei in der menschlichen Wesensart genetisch vorprogrammiert, ist falsch.

Gene sind an den Funktionen des Nervensystems in allen Bereichen beteiligt; sie stellen ein Entwicklungspotential dar, das nur in Verbindung mit seinem ökologischen und sozialen Umfeld wirksam werden kann. Individuen haben sehr verschiedene genetische Vorgaben, die ihre persönlichen Erfahrungen beeinflussen; ihre Persönlichkeit bilden Menschen jedoch im Zusammenspiel ihrer genetischen Ausstattung mit den Bedingungen ihrer

Erziehung. Mit Ausnahme einiger seltener pathologischer Fälle gibt es keine zwanghafte genetische Prädisposition für Gewalt; für das Gegenteil, die Gewaltlosigkeit, gilt dasselbe. Obwohl Gene an der Entwicklung menschlicher Verhaltensmuster und Verhaltensmöglichkeiten beteiligt sind, bestimmen sie alleine noch nicht deren Ergebnis.

Evolutionsforschung

Die wissenschaftliche Aussage, im Laufe der menschlichen Evolution habe sich aggressives Verhalten gegenüber anderen Verhaltensweisen durchgesetzt, ist falsch.

Bei allen eingehend untersuchten Gattungen wird der Status innerhalb einer Gruppe durch die Fähigkeit zur Kooperation sowie die Fähigkeit, bedeutende soziale Aufgaben für die Gruppe zu übernehmen, erworben. «Dominanz» setzt soziale Bindungen und Vereinbarungen voraus; auch wo sie sich auf aggressives Verhalten stützt, ist sie nicht einfach gebunden an den Besitz und die Anwendung überlegener physischer Kraft. Immer dann, wenn bei Tieren künstlich die Selektion aggressiven Verhaltens gefördert wird, führt dies schnell zu hyperaggressiven Verhaltensweisen dieser Individuen.

Dies ist ein Beleg dafür, dass eine ausschliessliche Selektion der Aggression unter normalen Bedingungen nicht vorkommt. Wenn solche experimentell gezüchteten hyperaggressiven Tiere in eine soziale Gruppe eingeführt werden, stören sie entweder deren soziale Struktur, oder sie werden vertrieben. Gewalt ist weder Teil unseres evolutionären Erbes noch in unseren Genen festgelegt.

Neurophysiologie

Die wissenschaftliche Aussage, das menschliche Hirn sei «gewalttätig», ist falsch.

Zwar verfügen Menschen über einen Nervensystem, mit dem gewalttätige Handlungen ausgeführt werden können; diese werden jedoch nicht automatisch durch interne oder externe Stimuli aktiviert. Ähnlich wie bei

höheren Primaten – im Gegensatz zu anderen Tieren – werden beim Menschen alle Stimuli durch übergeordnete Nervenprozesse gefiltert, ehe sie Handlungen auslösen. Unser Verhalten ist durch die Erfahrungen in unserer Umwelt und den Verlauf unseres Sozialisationsprozesses geprägt. Nichts in der Neurophysiologie des Menschen zwingt zu gewalttätigem Handeln.

Psychologie

Die wissenschaftliche Aussage, dass Krieg durch einen «Trieb», einen «Instinkt» oder ein anderes einzelnes Motiv verursacht sei, ist falsch.

Die Geschichte der modernen Kriegsführung ist sowohl durch den Vorrang emotionaler Faktoren – die mitunter «Triebe» oder «Instinkte» genannt werden – als auch den Vorrang kognitiver Faktoren gekennzeichnet.

Krieg basiert auf einer Vielzahl von Faktoren: der systematischen Nutzung individueller Ausprägungen wie Gehorsam, Suggestion und Idealismus, sozialer Fähigkeiten wie der Sprache sowie rationaler Überlegungen wie Kosten-Nutzen-Rechnung, Planung und Informationsverarbeitung. Die Technologie der modernen Kriegsführung legt besonderes Gewicht auf die Förderung «gewalttätiger» Persönlichkeitsmerkmale sowohl bei der Ausbildung der Kampftruppen wie auch bei der Werbung um Unterstützung der Bevölkerung. So kommt es, dass solche Verhaltensmerkmale häufig fälschlicherweise als Ursachen und nicht als Folgen des gesamten Prozesses angesehen werden.

Schlussfolgerungen

Wir ziehen aus allen diesen wissenschaftlichen fachspezifischen Feststellungen den Schluss: Biologisch gesehen ist die Menschheit nicht zum Krieg verdammt; sie kann von falsch verstandenem biologischem Pessimismus befreit und in die Lage versetzt werden, mit Selbstvertrauen im «Internationalen Jahr des Friedens» (1986) und in den kommenden Jahren die notwendigen Veränderungen der herkömmlichen Sichtweise einzuleiten. Obwohl diese Aufgaben hauptsächlich institutioneller und gemeinschaftlicher Art sind, liegen sie doch im Bewusstsein jedes einzelnen begründet, das entweder von Pessimismus oder von Optimismus getragen sein kann.

Ebenso wie «Kriege im Geist der Menschen entstehen», beginnt auch der Friede in unserem Denken. Dieselbe Spezies, die den Krieg erfunden hat, kann auch den Frieden erfinden.

Jeder von uns ist dafür mitverantwortlich.

Erstunterzeichner:

David Adams, Psychologie, USA; S. A. Barnett, Ethologie, Australien; N. P. Bechtereva, Neurophysiologie, UdSSR; Bonnie Frank Carter, Psychologie, USA; José M. Rodríguez Delgado, Neurophysiologie, Spanien; José Luis Díaz, Ethologie, Mexiko; Andrzej Elias, Differentielle Psychologie, Polen; Santiago Genovés, Biologische Anthropologie, Mexiko; Benson E. Ginsburg, Verhaltensgenetik, USA; Jo Groebel, Sozialpsychologie, BRD; Samir-Kuma Ghosh, Soziologie, Indien; Robert Hinde, Verhaltensforschung, England; Richard E. Leaky, Physikalische Anthropologie, Kenia; Taha M. Malasi, Psychiatrie, Kuwait; J. Martín Ramírez, Psychobiologie, Spanien; Frederico Mayor Zaragoza, Biochemie, Spanien; Diana L. Mendoza, Ethologie, Spanien; Ashis Nandy, Politische Psychologie, Indien; John Paul Scott, Verhaltensforschung, USA; Riitta Wahlström, Psychologie, Finnland

Quelle: en.unesco.org
Zeit-Fragen Nr. 29 vom 2.12.2014

«Nein! Einen solchen Umgang ...»

Fortsetzung von Seite 7

lende oder zweifelnde Stellungnahme bedeutet für die Jugendlichen Bejahung und Akzeptanz. Dieser gesellschaftliche Konsens muss heute wiederhergestellt werden. Er schliesst ein, die Kinder und Jugendlichen auf die Aufgaben des Zusammenlebens vorzubereiten und sie bei der Lösung anstehender Fragen einzubeziehen. Nach wie vor gibt es zum Beispiel viele Jugendorganisationen, die Kindern und Jugendlichen ausgezeichnete Möglichkeiten bieten, gemeinsam mit andern aktiv zu sein und sich zu engagieren, sei es in der Jugendfeuerwehr, dem Jugend-SAC, der Schweizerischen Lebensrettungsgesellschaft und viele mehr. Es ist auffallend, dass solchermassen Engagierte reifer sind als ihre Altersgenossen. Denn sie entdecken nicht nur ein neues Hobby (und sie müssen sich nicht mehr über Langweile beklagen!), sondern sie erfahren auch, welche Anforderungen sich ihnen später im Beruf, in der Verantwortung als Eltern und in der Gesellschaft stellen werden. So lernen sie

vorausdenken und sich auf ihre Zukunft auch in den sozialen Fähigkeiten vorzubereiten. Solche Fähigkeiten kann bereits ein Kleinkind entwickeln, aber es ist auch nie zu spät, dies nachzuholen.¹⁴ Und es gibt für jeden von uns ein Wirkungsfeld!

Aus folgenden Quellen habe ich wichtige Gedanken und Fakten entnommen (weitere Angaben befinden sich in den Fussnoten):

Alsaker, Françoise (2012). *Mutig gegen Mobbing in Kindergärten und Schule*. Bern: Verlag Hans Huber, Hogrefe AG Bern. ISBN 978-3-456-84913-3

Burger, Alfred/Gautschi, Eliane (2011). *Jugend und Gewalt. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen Erziehung*. Zürich: Verlag Zeit-Fragen. ISBN 978-3-909234-13-4

Ivanov, Petra (2015). *Geballte Wut*. Zürich: Unions-Verlag. ISBN 978-3-293-20701-1

Killias, Martin; Kuhn, André; Aebi, Marcelo F. (2011). *Grundriss der Kriminologie. Eine europäische Perspektive*. Bern: Stämpfli-Verlag. ISBN 978-3-7272-8662-9

Olweus, D. (2016). *Gewalt in der Schule: Was Lehrer und Eltern wissen sollten – und tun können*. Bern: Verlag Hans Huber. ISBN: 3-456-84390-9

Walser Kessel, Caroline; Valär, Martina; Hug, Christoph N. (2019). *Was ist verboten und warum? Über*

Sinn, Zweck und Art der Strafe für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

www.weblaw.ch/dam/weblaw_ag/ce/buecher/kesr/strafrecht_fuer_kinder. (abgerufen am 13.6.2021)

Walser Kessel, Caroline (2011). *Kennst du das Recht? Ein Sachbuch für Kinder und Jugendliche*. Editions Weblaw

¹ Kanton Zürich. Direktion der Justiz und des Innern. Jugendanwaltschaft. *Erneuter Anstieg von Jugendkriminalität und Jugendgewalt*. Medienmitteilung vom 22. April 2020. S. 1

² *Erneute Zunahme der Jugendkriminalität – deutlicher Anstieg bei der Jugendgewalt*. Medienmitteilung vom 22. April 2021, S. 3.

³ Kanton Zürich. Zahlen & Fakten zum Jugendstrafrecht. S. 8, www.zh.ch/de/sicherheit-justiz/jugendstrafrecht/zahlen-fakten.html (abgerufen am 6.6.2021)

⁴ Kanton Zürich. Zahlen & Fakten zum Jugendstrafrecht, www.zh.ch/de/sicherheit-justiz/jugendstrafrecht/zahlen-fakten.html (abgerufen am 6.6.2021)

⁵ *Erneute Zunahme der Jugendkriminalität – deutlicher Anstieg bei der Jugendgewalt*. Medienmitteilung vom 22. April 2021, S. 4

⁶ siehe dazu: Unesco (1986). *Erklärung von Sevilla*. <https://wayback.archive-it.org/all/20050928235336/http://portal.unesco.org/>

education/en/ev.php-URL_ID=3247&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html

⁷ vgl. Burger, Alfred/Gautschi, Eliane. S. 10ff.

⁸ Das Wohlergehen aller sicherstellen – mit allen zusammen. Ein Interview mit Professor Dr. Françoise D. Alsaker, Universität Bern. In: *Zeit-Fragen* Nr. 3 vom 17.1.2012. <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2012/mr3-vom-1712012/das-wohlergehen-aller-sicherstellen-mit-alle-zusammen.html> (abgerufen am 13.6.2021)

⁹ vgl. Burger, Alfred/Gautschi, Eliane. S. 8

¹⁰ vgl. Burger, Alfred/Gautschi, Eliane. S. 9

¹¹ Baier, Dirk. «Eine Kultur der Wertschätzung von Gewalt hat sich durchgesetzt». *SRF. 10 vor 10*. 29.6.2020. <https://www.srf.ch/news/schweiz/anstieg-der-jugendgewalt-eine-kultur-der-wertschaetzung-von-gewalt-hat-sich-durchgesetzt> (abgerufen am 7.6.2021)

¹² vgl. Killias et al. S. 251

¹³ Dan Olweus, der norwegische Pionier der Gewaltforschung, hat dazu ein ausgezeichnetes Grundlagenwerk verfasst. Es bietet nebst einer sorgfältigen Analyse der Problematik eine Fülle von Anregungen, wie ein gewaltfreies Schulklima erreicht werden kann. Es müsste Pflichtlektüre für Schulleitende, Lehrpersonen und Jugendbeauftragte sein.

¹⁴ vgl. Burger, Alfred/Gautschi, Eliane. S. 52f.